
Kinder – die Zukunft Deutschlands

Politische Weichenstellungen für eine zukünftige Familienpolitik

Hans Bertram

1. Die Trias „Humanvermögen, Humankapital und Forschung und Entwicklung“

Im Jahr 1997 wurden in Deutschland 812.000 Kinder geboren, 2005 waren es hingegen noch etwa 680.000 Kinder, die in Deutschland das Licht der Welt erblickten. Damit werden heute in der gesamten Bundesrepublik so viele Kinder geboren wie 1989 allein in Westdeutschland. Dabei haben sich die Geburtenraten in den neuen Bundesländern fast denen in den alten Bundesländern angenähert (Dobritz, 2005). Dieser Geburtenrückgang ist allenfalls für den Finanzminister ein kurzfristiger Gewinn, der dadurch jährlich 260 Millionen Euro Kindergeld erspart. Da dies kein einmaliger Vorgang ist, sondern sich seit 1997 bereits 8-mal wiederholt hat, erspart dieser Geburtenrückgang 2006 insgesamt fast 2 Milliarden Euro Kindergeld. Angesichts dieser Summe wird deutlich, dass neue familienpolitische Leistungen, etwa ein einkommensabhängiges Elterngeld oder der Zuschuss zum Betreuungsaufwand von Eltern von etwa 450 Millionen Euro, allein schon dadurch finanziert werden, dass heute so viel weniger Kinder in Deutschland geboren werden als noch vor acht Jahren.

Diese Zahlen werden in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert; dabei steht fast ausschließlich die Frage im Vordergrund, wie in Zukunft angesichts dieser demografischen

Entwicklung die sozialen Sicherungssysteme finanziert werden sollen. So wichtig aus der Sicht des Wohlfahrtsstaats und seiner Vertreter die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auch ist, ist doch zu fragen, ob aus der individuellen Sicht der Eltern und potenziellen Eltern die Sicherung der Renten- und Gesundheitssysteme eine Motivation für die Entscheidung für Kinder sein kann und ist. Viel seltener wird thematisiert, welche Bedeutung Kinder für die Zukunftsvorstellungen und Lebensoptionen von jungen Erwachsenen haben und inwieweit diese Zukunftsvorstellungen die Basis für die Zukunft einer Gesellschaft sein können. Denn nur dann, wenn die Entscheidung für Kinder und die Fürsorge für Kinder Teil der eigenen Lebensplanung und der eigenen individuellen Lebensperspektive sind und sein können, werden sich junge Menschen für Kinder entscheiden. Eine Familienpolitik, die für sich in Anspruch nimmt, die Rahmenbedingungen familiären Lebens mit zu gestalten, kann in einer demokratischen Gesellschaft nur dadurch legitimiert werden, dass die zukünftigen Generationen einschließlich der jetzt jungen Erwachsenen die gleiche Chance zur Gestaltung eigener Lebensvorstellungen haben wie die jetzt politisch aktive Generation. Eine nachhaltige Familienpolitik hat primär nicht die Aufgabe, zur Erhöhung der Kinderzahlen beizutragen, um die Alterssicherungssysteme zu finanzieren, sondern wesentlich die Aufgabe, Lebensläufe und Lebensoptionen von jungen Erwachsenen, soweit sie politisch gestaltbar sind, so zu organisieren, dass Kinder und Fürsorge für andere Teil dieser Lebensgestaltung werden können.

Eine so verstandene nachhaltige Familienpolitik ist eben nicht Teil der Sozialpolitik zur Sicherung des Wohlfahrtsstaates, sondern ist genauso wie die Bildungspolitik, die Forschungspolitik und Teile der Wirtschaftspolitik, soweit diese nicht nur zur Besitzstandssicherung eingesetzt wird, eine Politik der Zukunftsgestaltung unserer Gesell-

schaft. Familienpolitik, Bildungspolitik und Forschungspolitik sind jene Politikbereiche, die die Fundamente der Zukunft einer Gesellschaft legen (Bertram et al., 2005).

Eine nachhaltige Familienpolitik, die Rahmenbedingungen schafft, die es Eltern ermöglicht, ihre Kinder zu entwickeln und zu erziehen, so dass diese den Herausforderungen einer modernen Wissensgesellschaft gewachsen sind, und jungen Erwachsenen die Möglichkeit gibt, in ihrer Lebensplanung Kinder und die Erziehung von Kindern und die Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu berücksichtigen, unterstützt die Bildung des Humanvermögens moderner Gesellschaften (Bundesregierung, 1994; Kaufmann, 1995). Ohne Humanvermögen kann keine noch so gute Bildungspolitik zur Entwicklung des Humankapitals der modernen Gesellschaft beitragen. Ohne Humanvermögen und Humankapital sind aber die Investitionen in Forschung und Entwicklung relativ überflüssig, weil Forschungsergebnisse und technische Entwicklungen, die nicht von einer nachwachsenden Generation weiterentwickelt werden können, wenig zur Zukunft der Gesellschaft beitragen können. Eine Gesellschaft ohne Kinder beschränkt die eigene Zukunftsperspektive auf eine Generation. Insofern gilt für eine Wissensgesellschaft, dass einer nachhaltigen Familienpolitik eine zentrale Stellung zukommt, weil mit ihrer Hilfe diese Trias „Humanvermögen – Humankapital – Forschung und Entwicklung“ gesichert wird.

In den letzten Jahren hat sich eine deutliche und positive Veränderung in der Einschätzung der Bedeutung von Familienpolitik für die gesellschaftliche Entwicklung vollzogen. Im Folgenden soll nun skizziert werden, in welcher Weise eine nachhaltig orientierte Familienpolitik auf die strukturellen Veränderungen der Lebensverläufe junger Erwachsener in einer Wissensgesellschaft reagiert oder auch reagieren kann.

Die These ist, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zwar in der Ökonomie den weltweiten Herausforderungen stellt und im globalen Wettbewerb gut positioniert ist. Die dortigen Veränderungen sind dabei in einem Kontext privater Lebensführung vollzogen worden, der der Industriegesellschaft entspricht. Das gilt sowohl für die Bildungssysteme wie für die Organisation privater familiärer Lebensformen. Gelingt es der Bundesrepublik Deutschland nicht, zwischen diesen beiden Bereichen eine angemessene Relation herzustellen, so wird auf Dauer die hier skizzierte Trias der Bildung von „Humanvermögen, Humankapital und Forschung und Entwicklung“ nicht weiterentwickeln sein. Dabei wird bei der Gliederung des Aufsatzes zunächst auf Basis einer kurzen demografischen Skizze der europäischen Entwicklung gezeigt, dass Deutschland sich in manchen Punkten in den letzten Jahren bei der demografischen Entwicklung von anderen europäischen Ländern abgekoppelt hat, weil es diese Form der Modernisierung privater Lebensformen und des Bildungssystems nicht in Angriff genommen hat.

Aufbauend auf dieser Skizze wird dann gezeigt, dass eine solche Modernisierung privater Lebensformen nur durch eine Kombination von Zeit, Infrastruktur und finanzieller Transferpolitik gelingen kann, die es im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik jungen Erwachsenen ermöglicht, ihre individuellen Lebensentscheidungen und Lebensvorstellungen auch mit einer Entscheidung für Kinder und die Fürsorge für andere zu verbinden.

2. Das Verschwinden der Kinder

Geringe Geburtenzahlen oder deutliche Rückgänge bei der Zahl der Kinder, die eine Frau zur Welt bringt, sind weder ein Problem der Bundesrepublik Deutschland allein noch

handelt es sich um Phänomene, die historisch neu sind. So lag die Zahl der Geburten pro Frau im Frankreich des 19. Jahrhunderts bei etwa 1,8 Kindern (Chesnais, 2005), während zur gleichen Zeit in England oder Deutschland noch zwischen vier und fünf Kindern pro Frau geboren wurden. Die historische Demografie (Livi-Bacci, 1999) hat für alle europäischen Regionen gezeigt, dass spätestens um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auch in anderen europäischen Ländern die Geburtenraten deutlich zurückgingen. Diese sehr langfristigen Prozesse, die dann in einzelnen Ländern durch die Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise und andere Faktoren verstärkt wurden, haben im Nachkriegsdeutschland weder im Osten noch im Westen besondere Aufmerksamkeit gefunden. Auch das ist historisch nachvollziehbar, weil nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen europäischen Ländern wie in den USA ein deutlicher Anstieg der Geburtenzahlen zu beobachten war und selbst das Statistische Bundesamt noch 1968 davon ausging, dass diese sehr positive Entwicklung der Geburten sich auch in Zukunft fortsetzen werde (Bundesregierung, 1968).

Auch der drastische Rückgang der Geburten pro Frau zwischen 1970 und 1980 verlief in den meisten europäischen Ländern nach einem ganz ähnlichen Muster. Vergleicht man die Fertilitätsraten in 21 OECD-Ländern für 1960, 1980 und 1998 (Castles, 2002), dann sieht man, dass in allen diesen Staaten die Fertilitätsraten 1960 oberhalb der notwendigen Bestandserhaltung von 2,1 Kindern pro Frau lagen. Die Fertilitätsraten gingen in allen diesen Staaten bis 1980 deutlich zurück. Die größten Verluste hatten die Länder mit dem höchsten Ausgangsniveau. Die USA beispielsweise mit 1960 noch 3,65 Kindern pro Frau lagen 1980 nur noch bei 1,85 Kindern pro Frau. Ähnlich dramatische Veränderungen zeigten sich in Australien, Kanada oder Neuseeland. Aber auch die Geburtenrückgänge in den nordeuropäischen Staaten wie Dänemark, Finnland

Diagramm 1: Fertilitätsraten in 21 OECD-Ländern

	TFR 1960	TFR 1980	TFR 1998	Veränderung der TFR von 1960 bis 1980	Veränderung der TFR von 1980 bis 1998
Australien	3,48	1,89	1,76	-1,59	-0,13
Kanada	3,90	1,73	1,62	-2,17	-0,11
Irland	3,73	3,24	1,93	-0,49	-1,31
Neuseeland	4,24	2,01	1,92	-2,23	-0,09
Vereinigtes Königreich	2,69	1,90	1,71	-0,79	-0,09
USA	3,65	1,85	2,07	-1,80	0,22
Familiärer Durchschnitt	3,61	2,10	1,83	-1,51	-0,28
Dänemark	2,54	1,55	1,72	-0,99	0,17
Finnland	2,71	1,63	1,70	-1,08	0,07
Norwegen	2,90	1,72	1,81	-1,18	0,09
Schweden	2,13	1,68	1,50	-0,45	-0,18
Familiärer Durchschnitt	2,57	1,65	1,69	-0,92	0,04
Österreich	2,69	1,65	1,34	-1,04	-0,31
Belgien	2,58	1,68	1,59	-0,90	-0,09
Frankreich	2,73	1,95	1,76	-0,78	-0,19
Deutschland	2,36	1,56	1,36	-0,80	-0,20
Italien	2,41	1,64	1,20	-0,77	-0,44
Niederlande	3,12	1,60	1,63	-1,52	0,03
Familiärer Durchschnitt	2,65	1,68	1,48	-0,97	-0,20
Griechenland	2,28	2,22	1,29	-0,06	-0,93
Portugal	3,01	2,25	1,46	-0,76	-0,79
Spanien	2,86	2,20	1,16	-0,66	-1,04
Familiärer Durchschnitt	2,72	2,22	1,30	-0,50	-0,92
Schweiz	2,44	1,55	1,47	-0,89	-0,08
Japan	2,00	1,75	1,38	-0,25	-0,37
Gesamtdurchschnitt	2,88	1,87	1,59	-1,01	-0,28

Quelle: Francis G. Castles: Three Facts about Fertility. In: Australian Institute of Family Studies, Family Matters, No. 63, Spring/Summer 2002, S. 24

und Norwegen und Schweden waren recht deutlich, reduzierten sich die Kinderzahlen in diesen Ländern von durchschnittlich 2,6 doch auf etwa 1,7 Kinder pro Frau. Auch Länder wie Deutschland und Frankreich wiesen deutliche Rückgänge der Geburtenzahlen auf, nämlich um durchschnittlich 0,8 Kinder pro Frau. In den südeuropäischen Ländern war der Geburtenrückgang in dieser Zeit nicht so groß wie in den anderen Ländern, er setzte allerdings später ein. Wenn also viele Demografen diesen hier kurz beschriebenen Prozess als die zweite demografische Transformation bezeichnen (Lesthaeghe, 1999, 2000) und diesen Pro-

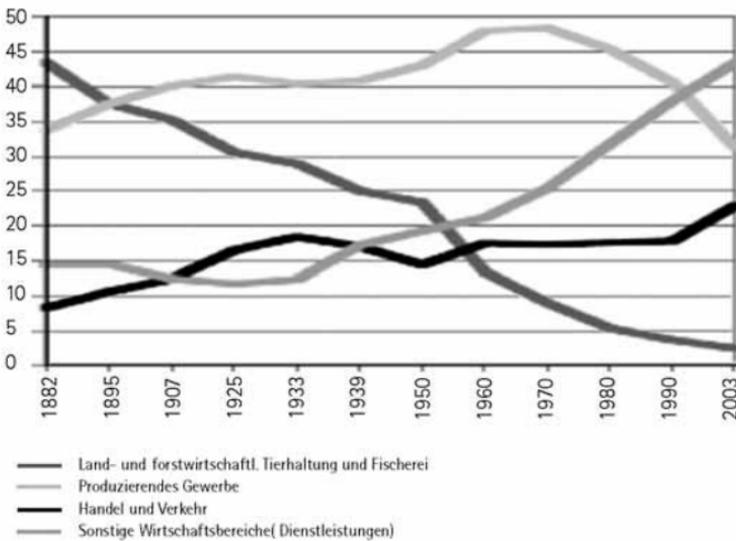
zess auch als relativ gleichförmigen Prozess in hoch entwickelten Gesellschaften beschreiben, kann man dieser Darstellung nur folgen, und auch die in der Regel genannten Gründe sind außerordentlich gut nachvollziehbar.

Die meisten Länder haben in dieser Zeit erheblich in die Bildung und Ausbildung der nachwachsenden Generation investiert; gleichzeitig wurden auch fast überall besondere Anstrengungen unternommen, um die männlich dominierten Bildungssysteme für junge Frauen zu öffnen. Die zunehmend qualifizierte Bildung als Voraussetzung für die Bewältigung der ökonomischen und kulturellen Anforderungen der Wissensgesellschaft eröffnet jungen Erwachsenen in der Regel mehr Lebensoptionen als eine geringe Bildung. Das galt vor allem für Frauen, die bis dahin zumeist eher weniger Bildung in Anspruch nahmen, weil ihre Berufstätigkeit in der Regel nur als Phase vor der Entscheidung für Familie und Kinder und der Familiengründung interpretiert wurde. Noch 1965 hielt die Mehrheit der Eltern Bildung für Jungen wichtiger als für Mädchen (Friedeburg, 1968).

Parallel zu diesem Prozess entwickelten sich die meisten Länder der OECD zu Dienstleistungsgesellschaften, in denen die traditionellen ökonomischen Aktivitäten in Landwirtschaft und Industrie zu Gunsten neuer Tätigkeiten im Bereich von Telekommunikation, Handel, Bildung, um nur einige zu nennen, deutlich an Boden verloren.

Für die Bundesrepublik Deutschland zeigt Diagramm 2 eine unglaubliche Geschwindigkeit dieses Transformationsprozesses: Arbeiteten 1970 noch fast 50 Prozent der Beschäftigten in der Industrie, sind es 2003 nur noch 30 Prozent. Während es von 1880 bis 1960 dauerte, bis die Mehrzahl der Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt war, dauerte es nur knapp 30 Jahre, dass diese Zahl unter das Niveau von 1880 sank (Bertram, 1997). Das Gleiche gilt für die Landwirtschaft, in der um 1950 noch fast 25

Diagramm 2: Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft



Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt waren; 1970 waren es noch 10 Prozent und 2003 noch etwa 3 Prozent.

Dieser Strukturwandel der ökonomischen Basis unserer Gesellschaft, der sich innerhalb von 30 bis 40 Jahren abgepielt hat, vollzog sich in dieser Form nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Er konnte überhaupt nur gelingen, weil für die neu entstehenden beruflichen Bereiche junge qualifizierte Frauen zur Verfügung standen, die das Fundament der Beschäftigten in vielen dieser Bereiche darstellen. Dies gilt nicht nur für Dienstleistungen, die personenbezogen oder staatlich organisiert sind, sondern auch für Finanzdienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich der Medien und Kommunikation, um nur einige wichtige Bereiche zu nennen. Der amerikanische Demograf Hernandez hat auf Basis des amerikanischen Zensus, der seit 1790 durchgeführt wird, diesen Transformationsprozess dokumentiert, wie er in den Vereinigten Staaten abgelaufen ist,

bezogen auf die Lebenssituation von Kindern in Familien (Hernandez/Myers, 1993).

Der Vergleich der Daten von Hernandez mit der Veränderung der Wirtschaftsbereiche in Deutschland ergibt überraschende Parallelen. Um 1880 waren in den USA ungefähr in genauso vielen Familien beide Eltern in der Landwirtschaft beschäftigt, wie es Familien gab, in denen der Vater als Haupternährer sein Geld außerhalb der Landwirtschaft verdiente und die Mutter für den Haushalt zuständig war. Um 1950 wuchsen in den USA noch etwa 15 Prozent der Kinder bis zu 17 Jahren in solchen Farmerfamilien auf, während 50 bis 60 Prozent der Kinder nun in Familien groß wurden, in denen der Vater als Haupternährer arbeitete und die Mutter als Hausfrau tätig war. Ähnlich deutlich wie in Deutschland die Zahl der Industriebeschäftigten zurückging, nahm in den USA in einem parallelen Prozess die Zahl der Familien ab mit dem Vater als Haupternährer. Zwischen 1970 und 1990 sanken diese Zahlen von 50 auf 20 Prozent. Demgegenüber entsteht die Familie der Dienstleistungsgesellschaft, nämlich die Doppelverdienerfamilie, in der beide Eltern außerhalb der Landwirtschaft arbeiten, und die Einelternfamilie. Dieser Prozess hat sich in den Vereinigten Staaten zwischen 1960 und 1990 vollzogen.

Auf Basis von Zensusdaten lassen sich solche Entwicklungen für Deutschland nicht nachzeichnen, jedoch zeigt der Familien-Survey von 1988, 1995 und 2000 vergleichbare Daten. In der ältesten Befragtengruppe, 1913 geboren, berichten rund 50 Prozent, bis zum 15. Lebensjahr die Berufstätigkeit ihrer Mutter erlebt zu haben. Diese Daten übersteigen die in der amtlichen Statistik üblicherweise genannten 30 Prozent erwerbstätiger Mütter in den zwanziger Jahren, weil Mütter bis Anfang der siebziger Jahre typischerweise nicht kontinuierlich erwerbstätig waren und die amtliche Statistik nur die jeweils aktuell erwerbstätigen Mütter zählt; hingegen berichten die Befragten jede Er-

werbstätigkeit ihrer Mutter (Bertram, 1995). Diese 50 Prozent bleiben bis etwa Anfang der siebziger Jahre relativ stabil, das heißt, die zwischen 1950 und 1960 Geborenen geben ähnliche Prozentsätze an wie die eigene Elterngeneration. Danach wandelt sich das Bild aber deutlich, weil nun in den jüngsten Befragten 80 Prozent angeben, bis zum 15. Lebensjahr die Erwerbstätigkeit der eigenen Mutter erlebt zu haben.

Aus diesen Daten wie aus den Daten der Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern ist abzuleiten, dass sich im Zeitverlauf in Deutschland ähnliche Prozesse vollzogen haben, wie sie Hernandez für die USA nachweist. Der Umbruch der ökonomischen Struktur und der Übergang von der Industriegesellschaft sowie das Verschwinden der landwirtschaftlich orientierten Familien haben dazu geführt, dass heute in einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft aus der Sicht der Kinder die Familie mit zwei verdienenden Elternteilen oder die Einelternfamilie zur Regel geworden sind. Diese Veränderungsprozesse haben sich auch in Deutschland nach 1970 vollzogen und erfolgten parallel zur zunehmenden Integration qualifizierter Frauen in das Erwerbsleben.

Auch wenn man die Erwerbstätigkeit der Mütter nach dem Lebensalter der Kinder differenziert, unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern in Deutschland heute nur unwesentlich von der in den anderen europäischen Ländern (Bundesregierung, 2006).

In Deutschland sind 68 Prozent der Mütter mit einem Kind, das jünger als zwei Jahre ist, erwerbstätig gegenüber 73 Prozent in Frankreich und 79 Prozent in den Niederlanden. Bei zwei Kindern sind es 54 Prozent in Deutschland und 52 Prozent in Frankreich. Auch unterscheiden sich die Mütter in ihrem Erwerbsverhalten nicht, wenn das Alter des Kindes berücksichtigt wird, weil sich bei Kindern über fünf Jahren die Erwerbsquoten in Deutschland weit-

Diagramm 3: Erwerbsquoten von Müttern mit Kindern im europäischen Vergleich

Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren in den EU-Ländern nach Anzahl und Alter der Kinder							
Anzahl ¹⁾ der Kinder	DK ³⁾	D	F	I	NL	FIN ⁵⁾	UK
	%						
Kinderlose Frauen	79	74	78	59	82	81	84
Frauen mit Kindern im Alter von 0-14 Jahren							
1 Kind	78	76	75	54	73	74	72
2 Kinder	78	64	67	47	69	71	68
3 und mehr Kinder	72	46	41	34	59	60	48
Frauen mit Kindern im Alter von 0-14 Jahren, von denen das jüngste jünger als 2 Jahre alt ist							
1 Kind	73	68	73	58	79	56	69
2 Kinder	73	54	52	47	68	39	59
3 und mehr Kinder	69	38	29	34	49	49	36
Frauen mit Kindern im Alter von 0-14 Jahren, von denen das jüngste zwischen 3 und 5 Jahren alt ist							
1 Kind	77	73	75	55	70	84	69
2 Kinder	77	63	71	46	67	81	66
3 und mehr Kinder	71	43	46	31	56	63	46
Frauen mit Kindern im Alter von 0-14 Jahren, von denen alle älter als 5 Jahre sind							
1 Kind	81	79	75	52	71	80	74
2 Kinder	82	71	75	48	71	86	75
3 und mehr Kinder	(80)	63	54	38	72	79	62

1) Bei zwei oder mehr Kindern mindestens das jüngste Kind in der jeweiligen Altersgruppe.

2) Daten des 2. Quartals 2002.

3) Daten des 2. Quartals 1993.

4) Daten des 2. Quartals 2002.

5) Daten des 2. Quartals 1998.

(): unzuverlässige Daten laut Eurostat.

Abkürzungen: B: Belgien EL: Griechenland IRL: Irland NL: Niederlande FIN: Finnland

DK: Dänemark E: Spanien I: Italien A: Österreich S: Schweden

D: Deutschland F: Frankreich L: Luxemburg P: Portugal UK: Großbritannien

Quelle: Eurostat/NewCronos, 2003.

gehend sowohl in den Familien mit einem Kind, mit zwei und mit drei Kindern im Durchschnitt des europäischen Niveaus bewegen.

Wenn sich in Deutschland die ökonomische Entwicklung und die zunehmende Integration der Frauen und Mütter in das Erwerbsleben ähnlich wie in anderen europäischen Ländern und in den USA in den letzten 30 Jahren

vollzogen hat, stellt sich die Frage, warum in Deutschland die Geburtenraten im europäischen Vergleich heute so viel niedriger sind als in anderen europäischen Ländern, etwa Frankreich oder den nordeuropäischen Ländern. Unter einer demografischen Betrachtungsweise gibt es dafür einfache Gründe, wie aus den kohortenspezifischen Fertilitätsraten für die europäischen Länder deutlich wird (Eurostat, 2004; Birg, 2001).

Der Babyboom war in Deutschland nicht so deutlich ausgeprägt wie in anderen europäischen Ländern. Während in Frankreich die Generation der 1935 geborenen Mütter 2,58 Kinder zur Welt brachte, waren das in Deutschland nur 2,16 Kinder. Bei einem gleichen Rückgang der Geburten von den 1935 geborenen Frauen auf die 1950 Geborenen stand Frankreich trotzdem besser da als Deutschland. Zudem hat Deutschland bei den jüngeren Jahrgängen, die nach 1950 geboren sind, im Verhältnis zu Frankreich, aber auch zu den nordeuropäischen Staaten noch zusätzlich einen deutlichen Geburtenrückgang erlebt.

Folgt man den Daten, die Hullen für den 7. Familienbericht zusammengestellt hat, so ist in Deutschland eine kontinuierliche Abnahme der Kinderzahlen zu beobachten, die bei der Altersgruppe der 1976 geborenen Frauen nur 1,46 pro Frau betragen (Hullen, 2005). Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass diese Entwicklung in Deutschland auf dem gegenwärtigen Niveau verharrt. Denn im Unterschied zu Frankreich, wo die Fertilität der einzelnen Altersjahrgänge relativ stabil ist, gilt das für Deutschland nicht. Einzelne europäische Länder wie etwa Schweden können sogar ähnlich wie die USA in den letzten Jahren wiederum einen leichten Anstieg ihrer Kohortenfertilität feststellen.

Sinkende Fertilitätsraten in den Altersgruppen, die ihre Fertilität im Wesentlichen abgeschlossen haben, deuten aber auch auf eine weiter sinkende Gesamtfertilität hin. Nach den jüngsten Ergebnissen der regionalen Fertilitäts-

raten in Deutschland gehören ausgerechnet jene Regionen mit hohen Geburtenraten, wie Teile des Emslands oder des Allgäus, nun zu jenen Gebieten mit einem besonders deutlichen Rückgang der Geburten.

Dieser jüngste Geburtenrückgang ist auch darauf zurückzuführen, dass in Deutschland die Zahl der Familien mit drei und mehr Kindern geringer ist als in den nordeuropäischen Ländern oder in Frankreich und Großbritannien. Diese geringe Zahl von Mehrkinderfamilien, etwa 20 Prozent bei den 1963 geborenen Frauen, kann die hohe Kinderlosigkeit in Deutschland, die in den jüngsten Altersgruppen deutlich angestiegen ist, nicht mehr ausgleichen. So gibt es heute auch in Finnland mit 19 Prozent eine große Gruppe von kinderlosen Frauen, da aber gleichzeitig 30 Prozent der Frauen drei und mehr Kinder haben und 25 Prozent zwei Kinder, ist die durchschnittliche Geburtenrate in Finnland entsprechend höher als in Deutschland, wo nur 20 Prozent der Frauen drei und mehr Kinder haben.

Auf Basis der Prognosedaten zur Entwicklung der Kinderzahlen in Deutschland wird die Zahl der Kinder unter 18 Jahren in Westdeutschland von 13 Millionen im Jahr 2000 auf 11 Millionen im Jahr 2030 zurückgehen, so dass hier dann ungefähr halb so viele Kinder leben werden wie vor der zweiten Transformation in den siebziger Jahren. In Ostdeutschland wird die Zahl der Kinder im gleichen Zeitraum von 3,45 Millionen auf 2,5 Millionen zurückgehen. Dieser Rückgang bedeutet nicht, dass es in Deutschland nur Einzelkinder geben wird oder mehr Kinder bei Alleinerziehenden aufwachsen werden, vielmehr wird sich die Zahl der Familien mit Kindern insgesamt entsprechend vermindern, während sich die Lebensformen für die Kinder nicht grundsätzlich von den heutigen unterscheiden werden.

Auch wenn diese Überlegungen nur den Stellenwert von Prognosen haben, die mit Vorsicht zu interpretieren sind,

lassen die Zahlen keinen anderen Schluss zu als die Aussage, dass gegenwärtig in Deutschland der für eine Wissensgesellschaft überlebensnotwendige Zusammenhang zwischen Bildung des Humanvermögens, Entwicklung des Humankapitals und Forschung und Entwicklung brüchig wird. Denn in Zukunft werden schlicht die jungen Erwachsenen fehlen, die neue Forschungen und neue Entwicklungen vorantreiben können. Während der Übergang von der Industriegesellschaft in die Dienstleistungsgesellschaft noch durch den Rückgriff auf die Humanressourcen der jungen Frauen geleistet werden konnte, sind diese Quellen erschöpft. Für die nachwachsende Generation stellt sich zudem die Frage, ob eine Gesellschaft wirklich erwarten kann, dass alle Kinder und Jugendlichen sich den beruflichen und ökonomischen Anforderungen einer Wissensgesellschaft unterwerfen wollen oder auch unterwerfen sollten.

Der Vergleich der deutschen Entwicklung mit anderen europäischen Ländern und die Suche nach Erklärungen für diese Unterschiede mündet in die These des französischen Demografen Chesnais, dass Frankreich auf den hier skizzierten Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft mit seiner Familienpolitik besser vorbereitet war als Deutschland (Chesnais, 2005). Zudem vertritt der schwedische Demograf Hoem (Hoem, 1990) die These, dass die Länder, die frühzeitig für den hier skizzierten Wandel einen Politikmix entwickelt haben, die Übergangsprobleme besser bewältigen konnten als jene Länder, die auf den hier skizzierten Veränderungsprozess überhaupt nicht oder unzureichend reagiert haben.

Beide Thesen überzeugen, weil Frankreich im Rahmen seiner Familienpolitik, und zwar sowohl unter der konservativen wie auch der sozialistischen politischen Führung, die Bewältigung des Wandels nicht individuell den Familien überlassen hat, sondern mit dem Ausbau des Betreuungssystems die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon zu

einem Zeitpunkt ermöglichte, als in Deutschland noch darüber gestritten wurde, ob die Berufstätigkeit der Mutter dem Kind möglicherweise schade. In Frankreich ist die Förderung von familiären Lebensformen stärker als in Deutschland an die Zahl der Kinder gebunden; Frankreich kennt kein Ehegattensplitting, sondern ein Familiensplitting nach der Zahl der zu versorgenden Familienmitglieder, so dass bei größeren Familien auch mehr ökonomische Ressourcen zur Verfügung stehen. Rückblickend ist daher festzuhalten, dass diese Entwicklung in Frankreich, die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte, Strukturen ermöglichte, die den hier beschriebenen Wandel in den siebziger Jahren besser auffingen als in Deutschland.

Auch die Argumente von Hoem zur Situation in den nordeuropäischen Ländern lassen sich nachvollziehen, weil hier bei allen Differenzen zwischen den einzelnen Ländern kein Gegensatz zwischen der Rolle als Mutter und der Rolle als Frau im Berufsleben gesehen wird, sondern die Integration beider Elemente als Bestandteil der Frauenrolle gesehen wurde und wird. Folgerichtig hat die nordeuropäische Politik in den einzelnen Ländern schon früh den hier noch zu beschreibenden Dreiklang von Zeitpolitik, Infrastrukturpolitik und Transferpolitik versucht und offenkundig auch erfolgreicher als Deutschland durchgehalten (Pfau-Effinger, 1995, 1996).

Nun könnte man meinen, dass eine solche Außenbetrachtung den tatsächlichen Verhältnissen in Deutschland nicht gerecht wird. Dass aber die Autoren ganz offenkundig einen zentralen Schwachpunkt der deutschen Politik beschreiben, lässt sich verdeutlichen, indem man den Zusammenhang zwischen den durchschnittlichen Geburtenraten pro Frau und dem jeweiligen Beruf der Frau betrachtet: In Deutschland weisen viele traditionelle Berufe höhere Geburtenraten auf als die neuen Berufe, die erst im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft an Be-

deutung gewonnen haben. So haben Bankfachfrauen, Unternehmerinnen, Filial- oder Geschäftsbereichsleiterinnen und Direktionsassistentinnen im Durchschnitt eine Geburtenrate unter 1, während die traditionellen Frauenberufe, wie Kinderpflegerin, Posthalterin, Gärtnerin und auch Erzieherin, eine Geburtenrate von mehr als 1,3 bis 1,4 Kinder aufweisen. Völlig abweichend verhalten sich die Landwirtinnen, die noch heute mit einer Rate von 2,3 offenbar Kindern in ihrem Lebensentwurf einen deutlich höheren Stellenwert beimessen, trotz sicherlich höherer Arbeitszeiten als in vielen anderen Berufen. Bei den hoch qualifizierten Berufen, etwa Ärztinnen oder Gymnasiallehrerinnen, liegt die Quote mit 1,2 Kindern pro Frau noch niedriger. Daher dürfte bei einem sich weiter in die Moderne vollziehenden Wandel der Berufsstrukturen die Hoffnung auf eine stabile Geburtenrate in Deutschland trügerisch sein.

Pfeil hat dies schon Anfang der sechziger Jahre beschrieben, als sie damals schon bei den voll erwerbstätigen Müttern in den Dienstleistungszentren im Durchschnitt nur ein Kind fand (Pfeil, 1961). Auch andere Länder, wie etwa Schweden oder die USA (Bachu, 1997; Neyer, 2004), kennen diesen Zusammenhang zwischen Berufen und der Variation der Geburtenrate. Der entscheidende Unterschied liegt aber darin, dass in diesen Ländern die Zusammenhänge nicht so extrem ausfallen wie hier in Deutschland. In allen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit, dass hoch qualifizierte Frauen zwei und mehr Kinder haben, relativ gering, dennoch sind die Geburtenraten in diesen Berufen im Vergleich zu Deutschland immer deutlich höher. Deutschland ist also einerseits Teil einer international zu beobachtenden Entwicklung, hat aber andererseits aufgrund der mangelnden Anpassung der familiären Lebensformen an die neue Wissensökonomie besonders deutlich mit den Folgen dieses Wandels zu kämpfen. Die Zukunft unserer Gesellschaft ist nicht allein von der Innovations-

fähigkeit der Wirtschaft und nicht vom Erfindungsgeist der jetzt lebenden Wissenschaftler abhängig, sondern vermutlich in gleichem Maße davon, wie es gelingt, den Rückstand gegenüber anderen Ländern bei der Balance von familiären und beruflichen Bedarfen auszugleichen. Dabei kann es nicht um eine simple Kopie der Lösungen anderer Länder gehen, vielmehr müssen die Lösungswege auf Basis der kulturellen Gegebenheiten Deutschlands gefunden werden, weil wir sonst Gefahr laufen, dass die Trias von Humanvermögen, Humankapital und Forschung und Entwicklung endgültig zerbricht.

3. Die gewonnenen Jahre und neue Lebensverläufe

1979 publizierte der italienische Demograf Livi-Bacci (Livi-Bacci, 1979) einen Vergleich der Lebensverläufe von Frauen und Müttern im 19. und dem ausgehenden 20. Jahrhundert. Die wichtigste Veränderung bei dem Lebensverlaufsmodell war die deutliche Verkürzung der Reproduktionszeit, das heißt der Zeit von der Geburt des ersten Kindes bis zur Pubertät des letztgeborenen Kindes. Bei durchschnittlich vier bis fünf Kindern war dieser Zeitraum zwischen 25 und 30 Jahren lang. Denn selbst wenn die Geburten schnell aufeinander folgten, war durch die hohe Säuglingssterblichkeit die Zahl der Geburten im Mittel mit 7 bis 8 viel höher als die Zahl der Kinder, die von den Müttern bis zur Pubertät erzogen wurden. Erst durch die Fortschritte der Medizin im 20. Jahrhundert stieg die Überlebenswahrscheinlichkeit der Säuglinge. Da gleichzeitig seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Geburtenzahlen in ganz Europa kontinuierlich sanken und heute bei einer bis zwei Geburten pro Frau liegen, ist die Reproduktionszeit bei zwei Kindern auf rund 17 Jahre abgesunken. Gleichzeitig steigt seit Mitte der sechziger Jahre die Lebenserwartung mit der Konsequenz,

dass heute im Leben einer Frau 20 bis 22 gewonnene Lebensjahre durch die höhere Lebenserwartung gegenüber den Frauen im 19. Jahrhundert bestehen und gleichzeitig durch die Verkürzung des Reproduktionszyklus weitere zehn Jahre hinzugekommen sind, die nicht mehr wie im 19. Jahrhundert durch die Mutterrolle ausgefüllt werden.

Der deutsche Demograf Imhof hat diesen Lebenszyklus auch für Deutschland untersucht mit ganz ähnlichen Ergebnissen wie Livi-Bacci und hat daher ganz zu Recht den Begriff der „gewonnenen Jahre“ geprägt, die als Konsequenz die über Jahrhunderte als naturgegeben betrachtete Verknüpfung zwischen Mutterrolle und Frauenrolle aufgebrochen haben. Im historischen Lebenszyklus war das Leben der Frauen, sobald sie geheiratet hatten, im Wesentlichen durch ihre Kinder oder, so sie das Glück hatten, länger zu leben, durch die nachfolgende Enkelgeneration geprägt (Imhof, 1981).

Im Kontrast zu der heute in der Öffentlichkeit immer wieder vertretenen Meinung, in früheren Jahrhunderten sei viel früher geheiratet worden als heute, zeigen die historischen Demografen, dass auch früher in Europa sehr spät geheiratet wurde, weil eine wesentliche Voraussetzung für die Heirat die ökonomische Selbstständigkeit des Paares war (Mitterauer, 2003). Genau das ist aber auch heute noch aus der Sicht der meisten Eltern wie der meisten jungen Erwachsenen eine wesentliche Voraussetzung, um sich für Kinder zu entscheiden. Das geringere Heiratsalter und das frühe Erstgebärendenalter in den fünfziger und sechziger Jahren zu Zeiten des Babybooms waren unter einer historischen Perspektive in der europäischen Familienentwicklung die Ausnahme und nicht die Regel. Das oben dargestellte Familienmodell der Industriegesellschaft knüpfte die ökonomische Selbstständigkeit nur an die Berufstätigkeit des Mannes, die in der Regel nach Abschluss der Lehre und einer Festanstellung in einem Betrieb er-

reicht war. In den expandierenden Arbeitsmärkten sowohl Ost- wie auch Westdeutschlands war es in den fünfziger und frühen sechziger Jahren kein Problem, als Arbeiter oder Facharbeiter früh eine angemessene Berufsposition in einem Betrieb zu bekommen. Dieses Muster der frühen ökonomischen Selbstständigkeit der fünfziger und sechziger Jahre ist aber für Deutschland historisch die Ausnahme gewesen.

Während sich der weibliche Lebensverlauf aber nicht nur durch die Verkürzung der Reproduktionszeiten und die Verlängerung der Lebenszeit geändert hat, sondern auch durch die zunehmende Integration qualifizierter junger Frauen in qualifizierte Berufspositionen, sind die Änderungen des Lebensverlaufs von Männern noch heute weniger deutlich ausgeprägt. Zwar ist die Lebenserwartung gestiegen, aber das typische Muster, bei den Eltern zu leben, bis die eigene Ausbildung abgeschlossen ist, man ökonomisch auf eigenen Füßen steht und dann einen eigenen Haushalt gründet, war schon im 19. Jahrhundert in gleicher Form zu beobachten (Iacovou, 2001a; Iacovou, 2001b). Daher ist es gut nachvollziehbar, dass aus Sicht vieler Männer und eben auch aus Sicht vieler männlicher Politiker die Einsicht in die Notwendigkeit einer Änderung der Lebensverläufe sich allenfalls darauf bezieht, nach 40 oder 45 Berufsjahren in Rente zu gehen. Hingegen wird eine sonstige Neuorganisation des Lebensverlaufs zur Integration unterschiedlicher Aufgaben in den Lebensverlauf, wie der Fürsorge für Kinder und Alte, meist nicht als Thema erkannt. Denn im klassischen Familienmodell der Industriegesellschaft war dieser Bereich als Aufgabe der Frau und Mutter, die zu Hause blieb, aus dem Berufsbereich weitgehend ausgelagert, so dass sich der männliche Brotverdiener darum nicht kümmern musste. Für junge Frauen, die entsprechend ihren Qualifikationen berufstätig sein wollen, sich aber gleichzeitig auch für Kinder und Partnerschaft ent-

scheiden wollen, entsteht jedoch daraus ein Dilemma, das individuell kaum lösbar ist. Denn letztlich sind die männlichen Lebensverläufe das Modell und die Grundlage erfolgreichen beruflichen Handelns in unserer Gesellschaft. Um beruflich erfolgreich zu sein, muss man sich als junger Erwachsener, möglichst noch mit internationaler Erfahrung, über kurzfristige Praktika, zeitlich befristete Stellen unter Einsatz aller persönlichen Kompetenzen und des gesamten Engagements eine unbefristete Stelle erarbeiten. Zeit für Partnerschaft und Zeit für Familiengründung und Kinder verbleiben dabei nicht.

Weil die deutsche Gesellschaft beim Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft versäumt hat, neue Modelle zu entwickeln, die es zulassen, beruflich erfolgreiches Handeln mit Familiengründung, Partnerschaft und Kindererziehung zu verknüpfen, verwundert es nicht, dass in Deutschland die Kinderlosigkeit insbesondere bei den hoch qualifizierten Frauen besonders ausgeprägt ist. Denn in Deutschland ist es nur in Ausnahmefällen möglich, als Frau beruflich erfolgreich zu handeln und gleichzeitig die Fürsorge für Kinder, die Pflege von Partnerschaft und die Organisation des Familienalltags zu übernehmen. Das ist kein neues Phänomen. Die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen war 1972 sogar noch höher als heute, denn schon damals galt es für eine Frau, die beruflich erfolgreich sein wollte, sich dem männlichen Modell des Berufsverlaufs anzupassen. Das traditionelle industriegesellschaftliche Karrieremodell sah in den männlichen Karrieremustern überhaupt keine Kinder vor, weil diese Aufgabe an die nicht berufstätigen Frauen delegiert war. Wie man es auch dreht und wendet: Solange das männliche Modell beruflicher Karriere in Deutschland Bestand hat, wird dieser Widerspruch zwischen Karriere und Berufserwartung auf der einen Seite und der Entscheidung für Kinder und Familie auf der andern

Seite bestehen bleiben. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass inzwischen auch die jungen männlichen Akademiker zunehmend auf Kinder verzichten und ihre Karriere allein machen. Als Konsequenz ist heute die Kinderlosigkeit der 40- bis 44-jährigen Akademiker nach den Daten des Mikrozensus höher als die Kinderlosigkeit der gleichaltrigen Akademikerinnen. Gleichzeitig haben die Heiratsquoten von Männern im Alter zwischen 40 und 44 Jahren mit 60 Prozent einen historischen Tiefststand seit Beginn der amtlichen Statistik erreicht. Offensichtlich lässt der berufliche Einstieg heute auch jungen Männern keine Zeit für Partnerschaft und Kinder. Überspitzt formuliert sind wir in Deutschland offenbar bereit, für die beruflichen Höchstleistungen der jungen Erwachsenen und ihre Integration in das Erwerbsleben in der Dienstleistungsgesellschaft Familie und Kinder zu opfern.

4. Erwerbslebenszyklus und neue Ausbildungsgänge

Die Organisation von Bildung und Ausbildung liegt ebenso wie die Regeln des beruflichen Einstiegs fast ausschließlich in der Entscheidungsgewalt der Politik. Die Struktur der Lebensverläufe junger Erwachsener in Deutschland mit ihren hohen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten und mit den überlangen Ausbildungszeiten für Akademiker ist das Ergebnis der mangelnden politischen Modernisierung der Lebensverläufe. Und gegenwärtig scheint die Politik diese Struktur noch zu zementieren: Auf europäischer Ebene ist seit einigen Jahren ein Angleichungsprozess von Ausbildungsabschlüssen zu beobachten. Dabei wird eine Struktur übernommen, die im angelsächsischen Raum vorherrscht. Eine durchschnittliche Schulzeit von zwölf Jahren wird mit einem ersten berufsqualifizierenden B.-A.-Abschluss verknüpft. Aufbauend auf diesem Abschluss, aber

unabhängig davon wird ein weiterer Abschluss mit dem M. A. angeboten, der im angelsächsischen Raum eine Vertiefung des B. A. oder auch eine neue Qualifikation ermöglicht. Ein solches Modell ist in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Berufskarriere dem deutschen System überlegen, weil nach zwölf Jahren Schulzeit und etwa drei Jahren B.-A.-Ausbildung bei einer Einschulung mit sechs Jahren ein erster berufsqualifizierender Abschluss mit 21 bis 22 Jahren erreicht werden kann. Dadurch wird die ökonomische Unabhängigkeit junger Erwachsener zwischen dem 22. und 23. Lebensjahr ermöglicht, mit der Konsequenz, dass Familie und Partnerschaft möglich werden, selbst wenn die in Europa vorherrschende Vorstellung realisiert wird, dass die ökonomische Selbstständigkeit eine Voraussetzung für die Familiengründung ist.

In Deutschland wird dieses System zwar zurzeit an den Universitäten und Fachhochschulen eingeführt und man hofft, dass zukünftig rund 40 Prozent eines Altersjahrgangs den B.-A.-Abschluss erreichen. Dieses System wird aber von den deutschen Strukturen so umgestaltet, dass künftig die Ausbildungszeit nicht kürzer, sondern vermutlich länger wird: Der öffentliche Dienst und sämtliche Einrichtungen, die das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes anwenden, passen ihre tarifrechtlichen Strukturen nicht den neuen Ausbildungsabschlüssen an, sondern umgekehrt werden die Ausbildungsabschlüsse an das Tarifrecht angepasst. Mit einem B.-A.-Abschluss kann man beispielsweise in Deutschland kein Lehrer werden und im universitären Bereich überhaupt keine Position einnehmen; in den meisten Bereichen öffentlicher Dienstleistungen, ob Verwaltungsaufgaben oder Referententätigkeiten oder anderes, kann man mit diesem Abschluss nicht eingestellt werden, sondern benötigt dazu den M.-A.-Abschluss.

Offenkundig ist der B.-A.-Abschluss aus der Sicht der Politiker, die über die Qualifikationsvoraussetzungen für

Mitarbeiter im öffentlichen Dienst entscheiden, überhaupt kein berufsqualifizierender Abschluss, sondern nur so etwas wie ein Vordiplom. Die Konsequenz dieser Vorstellung ist leicht nachvollziehbar: Junge Leute, die im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen tätig werden wollen, werden alles daransetzen, einen M.-A.-Abschluss zu erreichen und diesen Abschluss konsekutiv an ihren B.-A.-Abschluss anzuhängen. Dagegen ist es im angelsächsischen Bereich für viele M.-A.-Abschlüsse üblich und verbindlich, eine bestimmte Zeit in einem Beruf nachzuweisen, um überhaupt zu einem solchen M.-A.-Studium zugelassen zu werden.

Der 7. Familienbericht hat daher vorgeschlagen, gerade im öffentlichen Dienst, der immer noch einer der Hauptarbeitgeber der hoch qualifizierten jungen Erwachsenen ist, diese starren Strukturen aufzubrechen und die Chance, die die Umstrukturierung der Abschlüsse im Hochschulbereich gegenwärtig bietet, auch dahin gehend zu nutzen, dass zwischen unterschiedlichen Berufen im Lebensverlauf gewechselt werden kann. Das lässt sich an einem typischen Frauenberuf verdeutlichen: Viele junge Frauen neigen dazu, nach der mittleren Reife oder auch nach dem Abitur eine Fachschule für Erzieherinnen, Krankenpflegerinnen oder für Bereiche der öffentlichen Verwaltung zu besuchen. In einem modular aufgebauten Bildungssystem, das die Möglichkeiten dieser neuen Abschlussstrukturen nutzt, hätten diese jungen Frauen die Möglichkeit, nach fünf oder auch nach zehn Jahren durch den B.-A.-Abschluss den Beruf der Lehrerin, qualifizierten Altenpflegerin oder einen anderen Beruf zu ergreifen, wobei die Vorausbildung und die vorhergehende Berufserfahrung als Teil der weiteren Qualifikation akzeptiert wird. Heute ist es nicht einmal möglich, als qualifizierte Erzieherin in die Altenpflege zu wechseln, weil dies ein Heilberuf ist, der eine vollständig neue Ausbildung voraussetzt. Nach weiteren fünf bis sieben Jahren Berufserfahrung könnten diejenigen, die da-

ran Interesse haben, einen M.-A.-Abschluss machen und dann beispielsweise an das Gymnasium oder in andere Leitungspositionen wechseln.

Aus der Sicht der jungen Erwachsenen hat ein solches Modell einen unbestreitbaren Vorteil. Gegenwärtig stehen im öffentlichen Dienst nur wenige hoch qualifizierte Positionen für junge Leute mit unbefristeter Perspektive zur Verfügung. Der öffentliche Dienst beschäftigt junge Leute in Eingangspositionen zu 90 Prozent mit befristeten Verträgen, und kein anderer Wirtschaftszweig in Deutschland nutzt die Befristungsregelungen des Arbeitsrechts so konsequent aus wie der öffentliche Bereich. In dem gegenwärtigen starren System ist das auch gut nachzuvollziehen, weil es vorsieht, mit nur einer Ausbildung auch nur eine Lebensposition zu erreichen. Das angelsächsische System, das wir hier am Beispiel der Erzieherinnen auf Deutschland übertragen haben, kennt diese Rigidität im Berufssystem nicht, weil hier durch neue Qualifikationen auch neue Möglichkeiten geschaffen werden. Solange an diesem starren System festgehalten wird, kann auch eine Verkürzung der Ausbildungszeiten in der Schule wie in den anderen Qualifikationsstufen den jungen Erwachsenen keine andere Möglichkeit des Berufseintritts bieten als heute. Sie mögen zwar jünger sein, aber der Kampf um die wenigen unbefristeten Positionen wird sich durch die Veränderung des Ausbildungssystems nicht verändern.

Es mag überraschend klingen, aber eine der wichtigsten Aufgaben einer nachhaltigen Familienpolitik in diesem Feld ist es, die männlichen Lebensverläufe und die damit verbundenen Formen der Organisation des Berufseintritts und der Berufsverläufe zu ersetzen durch ein Modell gestufter Ausbildungen und gestufter Berufsverläufe. Das ist eine zentrale Aufgabe der Politik mit Handlungsmöglichkeiten sowohl des Bundes wie auch der Länder, um durch eine Neugestaltung der Berufsverläufe sicherzustellen, dass man

sich in ganz verschiedenen Lebensphasen immer wieder neue Ziele setzen kann und durch neue Qualifikationen auch die Möglichkeit hat, sich neue berufliche Chancen zu erschließen. Erst wenn die neuen Ausbildungsgänge in ihrer Stufung auf ein Berufssystem treffen, das diese Stufungen akzeptiert, werden die jungen Erwachsenen in Bezug auf Familiengründung und berufliche Perspektiven andere Optionen haben als heute.

Denn ein solches Modell ermöglicht die Entwicklung eines Erwerbslebenszyklus (Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 2005), wie er auch von der Europäischen Kommission favorisiert wird, da sich unterschiedliche Aufgaben und Tätigkeiten im Lebensverlauf kombinieren lassen. In einem solchen Modell muss man sich nicht ununterbrochen beruflich engagieren und um berufliche Präsenz bemühen, weil sich im Lebensverlauf immer wieder die Möglichkeit ergibt, durch neue Qualifikationen auch einen neuen Anfang zu finden. In einem solchen Modell des Erwerbslebenszyklus lassen sich mehrere Sequenzen einfügen, in denen sich der oder die Einzelne verstärkt der Fürsorge für Kinder oder auch für andere widmet. Solche berufsfernen Sequenzen können in Anspruch genommen werden im Bewusstsein, dass daraus in Bezug auf neue Aufgaben und Positionen oder auch die Alterssicherung kein Nachteil erwächst, weil ein Wiedereinstieg jederzeit möglich ist. Ein solches Erwerbslebenszyklus-Modell gibt die Dreiteilung des Lebensverlaufs auf und kombiniert die Ausbildung, das berufliche Engagement und familiäres Engagement in Sequenzen über den gesamten Lebensverlauf.

Unter der Perspektive der gewonnenen Jahre gewinnt dieses Modell aber auch für die alternde Gesellschaft eine ganz besondere Bedeutung. Denn statt 45 Jahre in derselben Berufsposition zu verbleiben und auf die vorgesehenen Beförderungen in diesen 45 Jahren zu hoffen, ergibt sich mit dem hier skizzierten Modell die Möglichkeit, dass

sich etwa eine Erzieherin nach zehn oder 15 Jahren Berufstätigkeit in ihrem ersten Beruf durch einen neuen Abschluss noch einmal ganz neu positioniert. Damit lassen sich viele Probleme des modernen Berufslebens auffangen, die sich daraus ergeben, dass die einmal erreichte Position nicht mehr verlassen werden kann und Effekte von Sättigung und Ermüdung („Burn-out“) entstehen können. Bei einer größeren Vielfalt von Sequenzen im Lebensverlauf ist der Einzelne auch mehr motiviert, sich qualifiziert auf Basis einer fundierten Ausbildung in unterschiedlichen Feldern beruflicher Aktivität zu erproben.

Auch in der Industriegesellschaft war es für Industriearbeiter üblich, den Beruf im Laufe des Lebens zu wechseln. Denn die körperlichen Herausforderungen in vielen Industriebereufen waren zumeist nur von jüngeren Männern bis etwa zum 35. bis 38. Jahr zu bewältigen. Die Lebensverlaufsstudien von Helga Krüger zu Frauen aus den fünfziger und sechziger Jahren zeigen ebenfalls das Bild von Berufswechseln und Erwerbslebenszyklen (Krüger/Baldus, 1999; Krüger, 1990; Krüger, 1996). Das Festhalten an einer Tätigkeit und das Verharren in einer Position galt und gilt vielfach nur für die öffentliche Verwaltung; das hat vermutlich aus Gründen mangelnder Erfahrung außerhalb dieses Bereichs dazu geführt, dieses Modell irrtümlich für das beste für modernes Wirtschaften und lange Lebensverläufe zu halten.

Hier können nicht alle Konsequenzen eines Modells des Erwerbslebenszyklus für die Reorganisation der sozialen Sicherungssysteme dargestellt werden. Andere Länder, etwa die Niederlande, sind inzwischen dazu übergegangen, solche Modelle in all ihren Konsequenzen für die Strukturen in Ausbildung, Tarifrecht und sozialer Absicherung umzusetzen.

5. Die Vielfalt der Alltagszeit

Der Zeittakt der Industriegesellschaft war an den Bedürfnissen der industriellen Güterproduktion orientiert. Der Dreischichtenbetrieb des modernen Industriebetriebs gab nicht nur die Fahrzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel vor, sondern auch die Zeitstrukturen der meisten anderen Einrichtungen, wie die Öffnungszeiten der Schulen, die Dienstzeiten der öffentlichen Verwaltung; sogar die Öffnungszeiten der Kaufhäuser waren in diesen Rhythmus eingefügt. Auch die ursprüngliche 48-Stunden-Woche an sechs Tagen der Woche fügte sich in diesen Rhythmus ein. Die Industriegesellschaft brauchte bei der Produktion industrieller Güter keine Rücksicht auf die Entwicklung des Humanvermögens der Gesellschaft, auf die Fürsorge und auf die Zeit für soziale Beziehungen in Familie und Nachbarschaft zu nehmen und konnte das ausblenden, weil die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, insbesondere in der Familie, die Entwicklung des Humanvermögens, der Fürsorge für andere und der sozialen Beziehungen in Familie und Nachbarschaft unabhängig und außerhalb der Zeitlogik der industriellen Güterproduktion organisieren ließ. Im Grunde entsprach die arbeitsteilig organisierte Familie der Industriegesellschaft der Logik der Güterproduktion, wie sie Henry Ford ersonnen hatte: Arbeitsteilung und Spezialisierung bildeten die Grundlage für die effiziente Reproduktion des Humanvermögens, die Sicherung der Fürsorge für andere und die Sicherung sozialer Beziehungen innerhalb von Familie und Nachbarschaft.

Arlie Hochschild bezeichnet dieses industriegesellschaftliche Modell als „traditionell warmes“ Modell der Familie (Hochschild, 1998). Denn durch die Freistellung eines großen Teils der (weiblichen) Bevölkerung von der industriellen Güterproduktion ermöglichte dieses Modell viel Zeit für die Entwicklung des Humanvermögens. Entsprechend wurden

in der Zeit, in der dieses Modell weltweit in den meisten Industriegesellschaften gelebt wurde, viele Kinder geboren (Babyboom). Gleichzeitig konnte die damals begonnene Bildungsreform in allen Ländern, die eine solche Reform in Gang gesetzt hatten, gesellschaftlich erfolgreich realisiert werden, weil die Unterstützung für die neuen Anforderungen an Kinder und Jugendliche durch die Familien, das heißt die Mütter, realisiert werden konnte.

Die Basis für die Entwicklung von Humanvermögen, Fürsorge für andere und sozialen Beziehungen war die Ausdifferenzierung zweier getrennter Sphären, der familiär-weiblichen Sphäre und der beruflich-männlichen Sphäre (Skolnick/Skolnick, 2001; Skolnick, 2003). Diese Form der Arbeitsteilung ist durch die Bildungsreform und die damit verbundene zunehmende Qualifikation von Frauen einerseits und durch den Übergang von der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft andererseits zerbrochen. Vermutlich glaubt heute niemand in Politik, Wirtschaft oder Verwaltung an der Spitze großer Einrichtungen, dass diese Transformation der Industriegesellschaft in die postindustrielle Wissensgesellschaft rückgängig gemacht werden kann. Es herrscht ein großer gesellschaftlicher Konsens vor, dass sich die Herausforderungen der Globalisierung nur dadurch bewältigen lassen, dass die Bildungssysteme, die beruflichen Qualifikationen, die Produktionsstrukturen in den verbleibenden Industriebetrieben ebenso wie die Strukturen in den neu entstandenen Bereichen der Telekommunikation, der Finanzdienstleistungen oder auch der Dienstleistungen im Freizeitbereich den globalen Herausforderungen angepasst werden (Mückenberger, 2004).

Jedoch wird die Frage, ob denn das Modell der zwei Sphären mit der klaren geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in einer solchen Gesellschaft mit völlig veränderten Zeitstrukturen, die nicht mehr der Logik der industriellen Güterproduktion folgen,

sondern sich entsprechend den ganz unterschiedlichen Anforderungen im weltweiten Wettbewerb extrem ausdifferenziert haben, Bestand haben kann, kaum gestellt. Es gibt in Deutschland weder bei den politischen noch bei den wirtschaftlichen Eliten noch möglicherweise bei den intellektuellen Eliten in der Universität mehr Widerstand dagegen, dass qualifizierte Frauen die gleichen Möglichkeiten im beruflichen Wettbewerb haben sollen wie qualifizierte Männer. Diese gleiche Möglichkeit wird ihnen allerdings nur dann zugestanden, wenn sie sich den Zeitforderungen einer globalisierten Wissensgesellschaft anpassen. Das bedeutet aber letztlich, dass der berufliche Erfolg von Frauen nur immer dann akzeptiert wird, wenn sie sich den Regeln der männlichen Sphäre unterwerfen.

Nach Arlie Hochschilds Analysen muss diese Strategie dazu führen, dass die Sicherung des Humanvermögens moderner Gesellschaften ebenso wie die Fürsorge für andere oder die Pflege sozialer Beziehungen in Familie und Nachbarschaft verschwindet oder aber institutionell wesentlich über den Markt und durch den Staat geregelt wird. Sie nennt dieses Modell „kalt-modern“, denn die Fürsorge für andere, die Erziehung von Kindern, das Aufrechterhalten von Beziehungen in Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft, alles Elemente, die für die Generationssolidarität von entscheidender Bedeutung sind, werden aus der weiblichen Sphäre in die männliche Sphäre des Marktes überführt und nach ökonomischen Kriterien geregelt.

Hochschild (1998) stellt allerdings auch die grundsätzliche Frage, ob ein solches Modell tatsächlich den Lebensentwürfen, Wünschen und Zielen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Nach vorliegenden empirischen Umfragen, ob in den USA, in Schweden, Deutschland oder Frankreich (Fahey/Speder, 2004), ist das in entwickelten Dienstleistungsgesellschaften nun nicht die Meinung der meisten Menschen (Krappmann/Lepenies, 1997). Vielmehr besteht

in den meisten Gesellschaften die Vorstellung, dass sowohl die Fürsorge für Kinder wie aber auch die Unterstützung der älteren Generation und die Pflege von Beziehungen zu anderen Menschen in Nachbarschaft und Gemeinde nicht allein dem Markt oder dem Staat überlassen werden sollten, sondern doch in die private Lebensgestaltung von Individuen und Familien gehören. Dass eine solche Orientierung im konkreten Einzelfall auch mit hohen Ambivalenzen oder auch Überforderungen verbunden sein kann, wurde inzwischen von Autoren wie Lüscher und Pillmer (Lüscher, 1996) deutlich gemacht. Trotz dieser Ambivalenzen sind die oben beschriebenen Muster verhältnismäßig stabil.

6. Plurale Zeiten – plurale Lebensstile

Die Herausforderung für diesen Problemzusammenhang besteht darin, ein neues Modell der Arbeitsteilung zwischen der privaten Welt der Familie und der sozialen Beziehungen auf der einen Seite und den ökonomischen Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft auf der anderen Seite zu entwerfen.

Die englische Sozialwissenschaftlerin Catherine Hakim (Hakim, 2000) schlägt vor, solche Modelle vor allem an den Wünschen und Lebensvorstellungen der Frauen selbst auszurichten, weil von ihnen die größten Änderungen in ihren Lebensentwürfen erwartet werden. Auf Basis einer Reihe von empirischen Untersuchungen in Europa arbeitet sie drei unterschiedliche Konzepte heraus, mit denen auf die neuen Herausforderungen einer pluralisierten Zeitstruktur einer Wissensgesellschaft reagiert werden kann: Sie unterscheidet zwischen berufs-, adaptiv- und haushaltsorientierten Personen (Hakim, 2003). Berufsorientierte Menschen messen ihre persönliche Vorstellung von Glück an der Entfaltung ihrer Kompetenzen im Berufsbereich und struktu-

rieren daher auch ihre Lebensführung so, dass sie in diesem Bereich besonders erfolgreich sein können. Es sind jene Berufsmenschen, deren Motivation und Leistungsorientierung schon Max Weber in der protestantischen Ethik beschrieben hat. Doch ist dieses Berufsmenschentum eben nicht die einzige Vorstellung, nach der Individuen in modernen pluralen Gesellschaften ihr Leben organisieren wollen.

Als Gegensatz zu diesen Berufsmenschen skizziert Hakim haushaltsorientierte Personen, die weniger an beruflichem Erfolg und dem Leistungswettbewerb im Beruf interessiert sind, aber dafür mehr an der Entwicklung einer Lebensumwelt in Familie und Haushalt, wo nicht der Leistungswettbewerb das Maß der Dinge ist, sondern die Freude an der Gestaltung privater Beziehungen und persönlicher Lebensumwelten. Dieser Lebensentwurf kann genauso herausfordernd sein wie ein berufliches Lebensmodell, entzieht sich jedoch den in der Berufswelt vorherrschenden zweckrationalen Bewertungskriterien personaler Leistungen. Solche zweckrationalen Kriterien der Berufswelt führen dazu, dass oft nicht die Person als Ganzes, sondern nur einige wenige Aspekte der Person wahrgenommen werden, während in dem anderen Lebensentwurf die Persönlichkeit und Individualität der Personen und Interaktionspartner eine viel größere Bedeutung haben. Hakim betont ausdrücklich, dass eine solche Lebensorientierung auch bei Personen bestehen kann, die keine Kinder haben. Es ist eben eine andere Vorstellung von Lebensgestaltung als diejenige, die sich den zweckrationalen Kriterien der Berufswelt unterwirft.

Als dritten Typus entwirft Hakim ein Lebensmodell, das eine Verknüpfung beider unterschiedlichen Lebensentwürfe versucht. Auf der einen Seite steht die Bereitschaft, sich den im beruflichen Bereich vorherrschenden Effizienzkriterien zu unterwerfen und sie als Herausforderung zu erleben, auf der andern Seite steht demgegenüber parallel der Wunsch, die personalen Kompetenzen und die Vielfalt der

personalen Beziehungen und die Gestaltung der privaten Lebensumwelt auch unabhängig vom beruflichen Bereich zu gestalten. Diesen Typ von Lebensvorstellungen nennt Hakim adaptiv, weil je nach Situation und je nach Herausforderung einmal die Berufsorientierung und dann aber auch die personenbezogene Orientierung im privaten Bereich im Vordergrund stehen kann. Damit skizziert Hakim zumindest im Ansatz ein Modell, das eine Antwort auf die von Hochschild aufgeworfene Fragestellung darstellt, wie in einer postindustriellen Gesellschaft, die die beiden Sphären des männlich-beruflichen Bereichs und des weiblich-familiären Bereichs so getrennt nicht mehr aufrechterhalten kann, eine Konzeption entwickelt werden kann, die eine berufliche Lebensgestaltung und eine Lebensführung mit Fürsorge für andere und dem Einsatz für die Entwicklung des Humanvermögens verbindet.

Der Versuch, die Verteilung dieser drei Typen empirisch in unterschiedlichen Ländern nachzuzeichnen, führt zu dem eigentlich nicht überraschenden Ergebnis, dass in den von Hakim untersuchten Nationen Spanien und Großbritannien, wie auch in Deutschland (Bertram et al., 2005), die Mehrheit der Frauen einem adaptiven Modell folgt und die Mehrheit der Männer eher dem berufsorientierten Modell, aber in allen Ländern sowohl Männer wie auch Frauen auch in dem eher haushaltsorientierten Typus zu finden sind. Hervorzuheben ist für Deutschland, dass fast 25 Prozent der Männer sich ein adaptives Lebensmodell vorstellen können.

Deutschland hat 1984 mit der Einführung von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld den Versuch unternommen, auf diese unterschiedlichen Lebensvorstellungen zu reagieren. Durch den Erziehungsurlaub sollte den berufstätigen Müttern die Möglichkeit gegeben werden, in den ersten zwei bis drei Lebensjahren bei ihren Kindern zu bleiben und dafür auch eine ökonomische Unterstützung zu

erhalten. Dieser Modernisierungsversuch, Berufs- und Familienorientierung in einer Dienstleistungsgesellschaft aufeinander zu beziehen, war von der Vorstellung geprägt, dass Beruf und Familie und die Betreuung von Kindern sich allenfalls sequenziell miteinander verknüpfen lassen: Die Berufstätigkeit wird für eine Zeit zu Gunsten der Kinderbetreuung unterbrochen, um sie nach einer 2- oder 3-jährigen Pause wieder aufzunehmen. Solche sequenziellen Modelle setzen allerdings voraus, dass die Kinder auch nach dem 2. und 3. Lebensjahr betreut werden können.

Genau das war aber in Westdeutschland in den achtziger Jahren nicht der Fall, da der Ausbau einer Infrastruktur für Kinder auch jenseits des 3. Lebensjahres erst Mitte der neunziger Jahre durch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz flächendeckend realisiert wurde. In der Realität wurde dieser Rechtsanspruch von manchen Bundesländern und Kommunen jedoch umgedeutet in einen Anspruch auf eine 3- bis 4-stündige Betreuung, was in einzelnen Bundesländern dazu führte, die Kindergartenplätze einmal am Vormittag und einmal am Nachmittag zu belegen. Infolge der Logik dieses sequenziellen Modells in der deutschen Variante hatten die Zeitstrukturen der Arbeitswelt absolute Priorität, so dass eine Entscheidung für Kinder den vollständigen Rückzug aus der Arbeitswelt bedeutete. Mit der Rückkehr in die Arbeitswelt mussten deren Zeitstrukturen akzeptiert werden bei gleichzeitiger Sorge dafür, die Kinder angemessen zu versorgen. Dieses Dilemma haben Mütter mit Kindern lange Zeit dadurch gelöst, dass sie nach dem Elternurlaub ganz zu Hause blieben. Erst in jüngster Zeit zeichnet sich hier ein Wandel ab (Familienwissenschaftliche Forschungsstelle Baden-Württemberg, 2004). Unter einer demografischen Perspektive (Birg, 2001) war zwar für kurze Zeit nach Einführung dieser Regelung ein leichter Anstieg der Geburtenraten zu beobachten, der aber keine dauerhafte Wirkung zeigte. Rückbli-

ckend ist festzustellen, dass die damalige Bundesregierung zwar im Ansatz auf die veränderten Anforderungen einer postindustriellen Wissensgesellschaft reagieren wollte, aber nicht den Mut oder auch das Geld hatte, um in gleicher Konsequenz wie andere europäische Länder zu investieren und das sequenzielle Modell der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch konsequent zu Ende zu führen. Dabei haben die europäischen Nachbarländer mit unterschiedlichen Ansätzen versucht, diesen neuen Anforderungen der wissensbasierten Ökonomie gerecht zu werden (Waldfoegel, 2003).

In diesem Punkte war die frühere DDR viel konsequenter und zumindest kurzfristig auch demografisch erfolgreicher: Nachdem Anfang der siebziger Jahre auch die DDR die zweite Transformation wie alle europäischen Ländern erlebt hatte, investierte sie in eine Infrastruktur für Kinder ab dem 2. Lebensjahr, führte ein Babyjahr ein mit 80-prozentigem Lohnersatz, garantierte den jungen Müttern, nach dem Babyjahr ohne Benachteiligung an ihre Arbeitsstelle zurückkehren zu können, und sicherte professionelle Kinderbetreuung zu. Dennoch war der Geburtenanstieg in der DDR nur kurzfristig, denn die Geburtenraten sanken Anfang der achtziger Jahre wieder und lagen kurz vor der Wende mit 1,5 Kindern pro Frau (Münz, 2000) nur unwesentlich über dem damaligen Westniveau von 1,4 (Münz/Ulrich, 1994).

Die Daten des Statistischen Zentralamtes der DDR, kurz nach der Wende publiziert (Hölder, 1992), liefern einige wichtige Erklärungsmuster. Obwohl sich die DDR bei der Entwicklung ihrer Konzeption eines Babyjahres, den Arbeitsplatzgarantien und der Entwicklung der Infrastruktur an Modellen in Schweden und Frankreich orientierte, gelang es ihr nicht wie jenen Ländern, die Geburtenraten auf einem bestimmten Niveau zu halten, vielmehr tendierten die Geburtenraten nach einem kurzen Anstieg deutlich nach unten. Parallel zum Ausbau der Infrastruk-

tur, der deutlichen Verbesserung des Wohnungsangebotes für junge Familien und der ökonomischen Absicherung der jungen Mutter im ersten Lebensjahr versuchte die Führung der DDR, die damals noch vorhandenen, wenn auch wenigen Teilzeitarbeitsplätze durch Vollzeitarbeitsplätze zu ersetzen. Damit forcierte sie ein Modell der Vereinbarkeit von Familie, Kindererziehung und Beruf, das wesentlich dem Typus der berufsorientierten Lebensführung nach Hakim entspricht. In einem dominant berufsorientierten Modell der Lebensführung bedeutet die Entscheidung für Kinder allenfalls eine Unterbrechung einer wesentlich auf den Beruf hin orientierten Lebensplanung. Legt man die Daten des 1990/91 durchgeführten Familiensurveys in Ostdeutschland zu Grunde, waren aber nur knapp 30 Prozent der damals befragten Mütter mit Kindern der Meinung, dass eine Mutter mit einem Kind unter drei Jahren voll erwerbstätig sein sollte; hingegen plädierte eine Mehrheit von 60 Prozent für unterschiedliche Formen von Teilzeittätigkeit. Das DDR-Modell entsprach in seiner Konzeption dem berufsorientierten Typus der Lebensführung, obwohl die Mehrheit der betroffenen Mütter, nicht anders als in anderen europäischen Ländern, ein adaptives Modell präferierte (Bertram, 1992).

Die Konsequenz dieses Versuchs, einen der drei Typen privater Lebensführung zur gesellschaftlichen Norm zu erheben, hatte unter einer demografischen Perspektive leicht nachvollziehbare Konsequenzen: Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages zum demografischen Wandel hat in ihrem Vergleich von Ost- und Westdeutschland gezeigt, dass es in der DDR viel weniger Drei- und Vier-Kinder-Familien gab als in der alten Bundesrepublik (Enquetekommission, 2002). Denn selbst bei einer exzellenten Infrastruktur sind die zeitlichen Dispositionsmöglichkeiten für Familien mit mehreren Kindern, vor allem wenn diese sehr klein sind, deutlich eingeschränkt. Wenn beide

Elternteile je 40 Stunden arbeiten und durchschnittlich pro Tag nur eine halbe Stunde Wegezeit benötigen, verbringt dieses Paar pro Woche 85 Stunden Zeit außerhalb der Familie. Selbst wenn sich diese Zeiten teilweise überlappen, wird die Alltagsorganisation mit der Zunahme der Kinderzahl zunächst immer schwieriger, bis ab einem bestimmten Alter auch die Gruppe der Geschwister zu einer Entlastung des elterlichen Zeitbudgets beitragen kann. In einem konsequent berufsorientierten Modell, wie es die DDR konzipiert hatte, war das aber nicht vorgesehen – mit den von der Enquetekommission nachgewiesenen demografischen Konsequenzen geringer Familiengrößen.

Frankreich hat insbesondere unter Mitterrand erheblich in die Verbesserung der Infrastruktur zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren investiert. Trotzdem war das französische System und ist es auch heute noch viel stärker darauf ausgerichtet, unterschiedliche Lebensentwürfe zu realisieren (Fagnani, 2005). Denn das französische System setzt einerseits ähnlich wie die frühere DDR auf eine gute Infrastruktur, um Vereinbarkeitsprobleme zwischen Familie und Beruf zu lösen, gleichzeitig aber im Rahmen seines Steuer- und Kindergeldsystems darauf, dass sowohl adaptive Modelle wie auch Hausfrauen-Modelle gelebt werden können. Denn das Steuersystem konzentriert in Kombination mit dem Kindergeld seine Leistungen durch das Familiensplitting und die von der Kinderzahl abhängige Höhe des Kindergelds stark auf die Mehrkinderfamilie. Bisher bekommt eine Familie beim ersten Kind kein Kindergeld; hier wird das Kind neben dem Elterngeld und möglichen anderen Sozialleistungen ähnlich wie in Deutschland nur über den Splittingfaktor berücksichtigt. Hinter diesem System der Kombination einer exzellenten Infrastruktur mit der Konzentration der Leistungen auf die Mehrkinderfamilie wird deutlich, dass der französische Staat davon ausgeht, dass in einer Familie mit einem Kind die Berufstätigkeit der Mutter allenfalls für kurze Zeit

unterbrochen wird, was durch das Elterngeld finanziell kompensiert wird, und der Familie danach durch die Berufstätigkeit der Mutter wieder zwei Einkommen zur Verfügung stehen. Bei den Mehrkinderfamilien schafft der französische Staat durch seine entsprechenden Sozialleistungen und das Familiensplitting die Möglichkeit, auch in einer postindustriellen Gesellschaft das Hausfrauenmodell zu leben. Die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe des französischen Systems scheint nach Auffassung französischer Demografen (Chesnais, 2005) ein wesentlicher Grund für die Stabilisierung der Geburtenraten in Frankreich zu sein, was der DDR trotz der Investitionen in die Infrastruktur, in das Babyjahr und andere soziale Leistungen nicht gelungen ist. In Frankreich ist bei den Mehrkinderfamilien der Anteil der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter drei Jahren geringer als in Deutschland. Die nordeuropäischen Länder, etwa Schweden, haben durch den Politikmix mit dem Elterngeld als Lohnersatz, dem Ausbau der Infrastruktur für Kinder unter sechs Jahren und einer konsequenten Teilzeitpolitik ähnlich wie Frankreich eine Stabilisierung der Geburtenraten erreicht.

Nach dem Präferenzmodell von Hakim sind diese Ergebnisse auch plausibel, denn bei diesen Modellen liegt die Entscheidung für die eigenen Lebensoptionen und Lebensziele bei den jungen Erwachsenen selbst und nicht beim Staat, wie in der DDR, die vor allem ein berufsorientiertes Modell gefördert hat. Auch sind diese Modelle konsistenter als die bisherigen Versuche der Bundesrepublik, die letztlich das Hausfrauenmodell bevorzugten. Da die Entscheidung für Kinder als eine sehr langfristige Investition der Eltern einzuschätzen ist, wird verständlich, dass in Deutschland vor allem die berufsorientierten Frauen selbst auf das vielleicht einzige gewünschte Kind verzichten, weil langfristig kaum eine Perspektive für die Vereinbarkeit beruflicher Karriere und kindlicher Erziehung gegeben ist; die Mehrkinderfamilie wurde zunehmend unattraktiv, weil

die Entscheidung für jedes weitere Kind viel größere ökonomische Einschnitte bedeutet als etwa in Frankreich.

Aus dieser kurzen Übersicht der Politik anderer Länder lässt sich ableiten, dass eine Familienpolitik, die nicht einen solchen Politikmix von Zeitpolitik, Infrastrukturpolitik und Geldpolitik zu realisieren versucht, in ihrem Ziel, das Humanvermögen zu sichern und die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Humankapital zu stabilisieren, scheitern wird. Wer primär auf den berufsorientierten Typus setzt, erwartet eine Anpassung der weiblichen Lebensentwürfe an die männlichen Lebensmodelle mit der Konsequenz, dass es weder Zeit für Fürsorge, für Kinder noch für soziale Beziehungen mehr gibt. Und auch eine Politik, die Optionen verspricht, sie aber nicht realisiert, hat keine Wirkung. Ein wirkungsvoller Politikmix kostet Geld, und damit bedeutet die Entscheidung für eine solche Politik auch, für den Bereich Familie, Infrastruktur für Kinder und Zeitpolitik mehr zu investieren als bisher. Die immer wieder diskutierten Ideen, im Bereich der Familienförderung lediglich umzuschichten, können aber nur teilweise erfolgreich sein, weil die ökonomische Situation von Familien in Deutschland so prekär ist, dass die zur Verfügung gestellten ökonomischen Ressourcen kaum frei zu disponieren sind.

7. Fairness als Basis nachhaltiger Familienpolitik

Wenn in Deutschland über Gerechtigkeit für Familien diskutiert wird, stehen meist ökonomische Mittel im Vordergrund. So wichtig ökonomische Aspekte für Kinder und Familien sind, so sind sie doch in der hier gewählten Lebensverlaufsperspektive, wenn Familie und die Entscheidung für Kinder als Ergebnis der gemeinsamen Konstruktion von Lebenssinn eines Paares verstanden wird, allenfalls ein Teil dieses gemeinsamen Entscheidungsprozesses. Die nationale

Forschung zeigt ebenso wie die internationale Forschung (Coontz, 2006; Institut für Demoskopie, 2004; Bachu, 1997; Bertram, 2005; Klein, 1989a; 1989b) sehr deutlich, dass die Entscheidung für Kinder zunächst zentral davon abhängt, ob es einen Partner oder eine Partnerin gibt, ob beide Kinder als gemeinsames und individuelles Lebensprojekt betrachten und beide davon ausgehen, dass die gemeinsame Entscheidung für ein Kind mit ihren gegenwärtigen und zukünftigen Lebensoptionen zusammenpasst. Wenn die ökonomische Basis einer modernen Familie in der Regel nicht mehr die eines Alleinverdieners sein kann, dann bedeutet die Entscheidung für ein Kind in einem männlich strukturierten Berufssystem nur dann keine Benachteiligung für die Familie, wenn diese Entscheidung erst bei Erreichen einer Berufsposition getroffen wird, die den eigenen Vorstellungen und Erwartungen entspricht.

Wer sich in Deutschland vorher für ein Kind entscheidet, wird in der Regel vom Berufssystem und der Wirtschaft diskriminiert. Dieser harte Vorwurf lässt sich mit einer internationalen Vergleichsstudie der ILO (Foroohar, 2006) ebenso bestätigen wie mit den Analysen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hinz/Gartner, 2005) zur Einkommens- und Gehaltsentwicklung von Männern und Frauen in Deutschland (2005). In den USA sind etwa 47 Prozent aller erwerbsfähigen Frauen auch erwerbstätig, und nach Angaben der ILO sind in den USA in 45 Prozent der Positionen mit Entscheidungsbefugnis Frauen tätig. In Deutschland sind rund 44 Prozent aller erwerbsfähigen Frauen berufstätig, jedoch befinden sich hier lediglich 27 Prozent in Positionen mit Entscheidungsbefugnis. Zudem hat sich nach den empirischen Befunden in den USA die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen mit vergleichbarer Qualifikation und in vergleichbaren Positionen deutlich angeglichen. Das ist in Deutschland aber nach dem Ergebnis des IAB gerade nicht

der Fall, ebenso wenig in anderen europäischen Ländern. Nach diesem Vergleich mit den USA ist in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern die Entscheidung für Kinder immer mit dem Risiko verbunden, dauerhaft auf die Optionen einer befriedigenden beruflichen Gestaltung des eigenen Lebens zu verzichten. Nun sind auch in den USA die beruflich erfolgreichen Frauen in Spitzenpositionen sehr häufig, in manchen Bereichen bis zu 50 Prozent, unverheiratet und kinderlos, was genau dem Typus der Berufsorientierung von Hakim entspricht.

Entscheidender scheint aber zu sein, dass sich die USA in ihrer Politik zur Geschlechtergleichheit, vermutlich Resultat ihrer historischen Erfahrung der Integration unterschiedlicher Gruppen in die amerikanische Gesellschaft, seit langem am Konzept von „Diversity“ oder Vielfalt orientieren, während Deutschland sich schon schwer tut, die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU umzusetzen. Diversity als politisches Konzept geht davon aus, dass unterschiedliche individuelle Lebensentscheidungen und Entscheidungen für bestimmte Lebensoptionen nicht zur Benachteiligung führen dürfen. Das heißt beispielsweise, dass bei Einstellungsgesprächen Fragen zur eigenen Lebensplanung für Kinder oder für einen Partner ebenso untersagt sind wie die Berücksichtigung einer solchen individuellen Lebensplanung bei der Stellendisposition eines Unternehmens. Solange das männliche Berufslebensverlaufsmodell als Grundlage erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns dient, bedeutet die Entscheidung für Kinder automatisch eine Diskriminierung insbesondere für den oder diejenige/n, der/die sich für die Kinder verantwortlich fühlt, und das sind in der Regel die Frauen.

Diese Diskriminierung ist das Ergebnis einer sehr starren Berufsstruktur, die es nicht zulässt, später einzusteigen oder sie zeitweise zu verlassen. In Deutschland werden solche Verhaltensweisen so interpretiert, dass der/die Bewerber/in

an einer beruflichen Qualifikation und einer beruflichen Karriere nicht wirklich interessiert ist. Fairness als Basis einer nachhaltigen Familienpolitik im Sinne von Diversity heißt hier, dass die Entscheidung für Kinder im Berufssystem keine Nachteile für den- oder diejenigen mit sich bringen darf, der/die bereit ist, Fürsorge für Kinder zu übernehmen. Gerade der Staat als Arbeitgeber wie auch als Gesetzgeber beteiligt sich intensiv daran, solche Benachteiligungen fortzuschreiben. Die meisten Karriereämter im öffentlichen Dienst sind keine Wahlämter, sondern Positionen, die als zentrale Voraussetzung eine bestimmte Dienstzeit und eine bestimmte Zugehörigkeitsdauer definieren. Aber auch die sozialen Sicherungssysteme sind eindeutig nur auf den voll Erwerbstätigen und kontinuierlich Beschäftigten ausgelegt. Jede Teilzeittätigkeit führt wie jede Unterbrechung zu einer Abwertung von Ansprüchen gegenüber diesem System.

Hier stellt sich aber die Frage, ob es sich eine moderne Gesellschaft, die auf Kinder und die Fürsorge für andere angewiesen ist, auf Dauer leisten kann, die Entscheidung für Kinder und damit die Bereitschaft, eine bestimmte Zeit in Teilzeit zu arbeiten, in dieser Weise zu diskriminieren. Denn alle, die sich nicht für die Fürsorge für andere entscheiden und entsprechend kontinuierlich voll erwerbstätig sein können, ziehen hier einen erheblichen Gewinn aus der Bereitschaft der anderen, die für Kinder zu sorgen oder auch in anderer Weise Fürsorge für andere zu übernehmen bereit sind. Solange die Gesellschaft in zwei klar getrennte Sphären eingeteilt war, in der Fürsorge weiblich und außerhalb des Berufssystems organisiert war, spielte diese Diskriminierung keine Rolle. Hingegen treten in einem System, das darauf angewiesen ist, dass diejenigen, die traditionellerweise für Kinder sorgen, nun auch in das Berufssystem integriert sind, plötzlich klare, politisch sicher nicht gewollte, jedoch eindeutig feststellbare Diskriminierungen gegenüber denjenigen auf, die für Kinder sorgen.

Andere europäische Länder wie die Niederlande (Biedenkopf, 2005) haben begonnen, ihre sozialen Sicherungssysteme so zu konstruieren, dass Leistungen wie Fürsorge für Kinder als äquivalent mit beruflichen Leistungen bewertet werden. Auch das jetzt geplante einkommensabhängige Elterngeld stellt den Versuch dar, die erkennbaren Diskriminierungswirkungen des männlich konstruierten Berufssystems zumindest abzumildern, indem davon ausgegangen wird, dass die Fürsorge für Kinder im ersten Lebensjahr im Verhältnis zu den sozialen Sicherungsstrukturen genauso gewichtet wird wie Weiterbildung im Beruf oder auch Arbeitslosigkeit, und der- oder diejenige, der/die sich für eine bestimmte Zeit für Kinderbetreuung entscheidet, wird in diesem Punkte nicht anders behandelt als andere, die aus anderen Gründen nicht unmittelbar in ihrem Beruf tätig sind.

Gerade unter einer Fairness-Perspektive ist es erforderlich, dass das Erziehungsgeld nicht nur für die Mütter zur Verfügung steht, sondern rechtlich verbindlich auch für Väter. Denn nur dann, wenn ein junger Vater einen Rechtsanspruch auf Erziehungszeit hat und diese auch wahrnehmen muss, weil sie sonst verfällt, wird er diese Ansprüche im Betrieb auch durchsetzen können. Denn junge Väter machen in jedem Betrieb nur eine Minderheit aus, und wenn diese Erziehungszeit nicht rechtlich abgesichert ist, werden Kollegen und Vorgesetzte dafür Sorge tragen, dass ein solcher Anspruch möglichst nicht realisiert wird.

Diese Perspektiven lassen sich gut in einem Diversity-Konzept umsetzen, weil der Grundgedanke, dass unterschiedliche individuelle Lebensentscheidungen zu Gunsten von Kindern in einem System, das auf die Berufstätigkeit von Männern wie von Frauen angewiesen ist, zu keiner Benachteiligung im Berufssystem führen dürfen, vermutlich eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass junge Paare, die ihre berufliche Entwicklung noch vor sich haben, eine Entscheidung für Kinder nicht mehr als

mögliche Benachteiligung in ihrer eigenen Lebensperspektive antizipieren müssen.

Diversity stellt damit ein zentrales und in Deutschland noch längst nicht verwirklichtes Konzept einer nachhaltigen Familienpolitik dar. Hier kann nicht im Einzelnen diskutiert werden, inwieweit ein solches Konzept durch gesetzliche Vorgaben oder gesellschaftliche Initiativen oder durch eine Kombination von beidem zu realisieren ist. Die Entwicklung der „Allianzen für Familien“ oder auch die positive Akzeptanz des Familienaudits der Hertie-Stiftung lassen klar erkennen, dass inzwischen in der deutschen Wirtschaft die Einsicht gewachsen ist, dass unterschiedliche Formen des beruflichen Engagements der Mitarbeiter ein wesentliches Element erfolgreicher Unternehmensführung darstellen (Becker, 2005; Berger, 2005). Allerdings sind hinsichtlich der sozialen Sicherungssysteme noch eine Fülle von Schritten erforderlich, um die vorhandenen hochwirksamen Diskriminierungsstrategien aufzubrechen. Infolge der fehlenden oder inkonsistenten Reaktionen des Berufssystems, des Arbeitsmarkts und der sozialen Sicherungssysteme auf diese Veränderungen bleiben Männer wie Frauen heute zu etwa 30 Prozent kinderlos, denn unter rein ökonomischen Gesichtspunkten ist es wenig sinnvoll, sich für Kinder zu entscheiden.

8. Familie und Ökonomie

In dem Maße, in dem der kinderlose Anteil der Bevölkerung steigt, aus welchen Gründen auch immer, verschieben sich auch die Vergleichsmaßstäbe für die eigenen Lebensvorstellungen und die Vorstellungen zu Lebensperspektiven und -optionen. Wenn Elternschaft nur eine Lebensform neben anderen Lebensformen ist, treten die mit dieser Lebensform verbundenen Lasten deutlicher in das

Bewusstsein der jungen Erwachsenen als noch in den sechziger und siebziger Jahren, als die familiäre Lebensform für die große Mehrheit der jungen Erwachsenen relativ selbstverständlich war. Eine Analyse Einkommen, gewichtet nach der neuen OECD-Skala, auf Basis des Mikrozensus 2003 zeigt (Eggen, 2005), dass nicht verheiratete Paare und Ehepaare, wenn die Ehefrau oder Partnerin unter 35 Jahre alt ist, über ein gemeinsames monatliches Nettoeinkommen von 2.464 Euro verfügen, Paare mit Kindern von monatlich 2.115 Euro netto. Bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen stehen dem jungen Paar ohne Kinder rund 1.600 Euro pro Kopf zur Verfügung, wohingegen Paare mit Kindern pro Kopf etwa 1.000 Euro zur Verfügung haben. Paare ohne Kinder stehen bezogen auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der gesamten deutschen Bevölkerung bei fast 140 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens, während Paare mit Kindern in der beschriebenen Altersgruppe auf ein Einkommen pro Kopf von etwa 87 Prozent des deutschen Durchschnitts kommen. Paare ohne Kinder steigern diesen ökonomischen Vorsprung, wenn sie 35 bis 45 Jahre alt sind, auf 150 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in Deutschland, wohingegen Paare mit Kindern in dieser Altersgruppe gerade das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen erreichen, obwohl ihr Nettoeinkommen überdurchschnittlich ist.

Rentnerhaushalte liegen zwar beim monatlichen Nettoeinkommen mit etwa 1.800 Euro unter den Familien mit Kindern, aber ihr Pro-Kopf-Einkommen liegt deutlich darüber. Bei den jungen Paaren mit Kindern liegen 17 Prozent unter der Linie von 60 Prozent des relativen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens, bei den Rentnerhaushalten hingegen sind das nur 9 Prozent.

Unsere Gesellschaft hat sich längst daran gewöhnt, dass junge Familien ökonomisch gegenüber allen anderen Le-

bensformen einschließlich der Rentner zu den am schlechtesten gestellten Gruppen gehören, während diejenigen im gleichen Lebensalter, die auf Kinder verzichten, zu den ökonomisch am besten platzierten Gruppen gehören. Da sich junge Familien hinsichtlich ihrer Lebensoptionen und Lebensvorstellungen wie andere junge Erwachsene vermutlich nicht mit ihren Eltern oder Großeltern vergleichen, sondern mit ihren Freunden, steht Deutschland vor dem Tatbestand, dass ausgerechnet in der Lebensphase, in der sich junge Erwachsene Gedanken über Familiengründung und Kinder machen, die Diskrepanz zwischen den Pro-Kopf-Einkommen am größten ist. Noch deutlicher ist diese Diskrepanz bei den allein erziehenden Müttern oder allein erziehenden Vätern dieser Altersgruppe, denn allein erziehende Mütter unter 35 Jahren erreichen 59 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens und allein erziehende Väter dieser Altersgruppe 64 Prozent. 50 Prozent dieser Mütter und 42 Prozent dieser Väter leben mit ihren Kindern unterhalb von 60 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in Deutschland (Eggen, 2005).

Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass heute in Deutschland ein Einkommen in der Regel nicht mehr ausreicht, um eine Familie zu ernähren, und dies gilt für Frauen wie Männer. Darüber hinaus zeigt sich, dass junge Erwachsene, die sich über Kinder Gedanken machen, einfach die Erfahrung machen, dass die Entscheidung für Kinder ökonomisch extrem negativ sanktioniert wird. Zwar wird diese Einkommensbenachteiligung von den Familien in späterem Lebensalter aufgeholt, weil offenbar die Lebensform mit Kindern im Lebensverlauf ökonomisch viel effizienter ist als kinderlose Ehen und Partnerschaften, aber ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, wenn die Entscheidung für Kinder ansteht, müssen junge Erwachsene davon ausgehen, dass diese Entscheidung sie ökonomisch für die aktive Familienphase sehr einschränkt.

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Familie hat in seinem Gutachten über Gerechtigkeit (2002) betont, dass das Engagement von Eltern für Kinder bei aller persönlichen Freude, die Kinder ihren Eltern bedeuten, für die Gesellschaft eine Vielzahl positiver externer Effekte zur Sicherung des Humanvermögens und zur Entwicklung des Humankapitals mit sich bringt. Diese positiven externen Effekte stellen die wichtigsten Elemente der Zukunftssicherung einer Gesellschaft dar. Die Zukunftssicherung unserer Gesellschaft wird aber unter einer ökonomischen Perspektive individuell für die jungen Erwachsenen negativ sanktioniert, was in Relation zu denjenigen, die sich nicht für Kinder entscheiden, extrem unfair ist. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Gesellschaft ihre eigene Zukunft überhaupt gestalten will, wenn sie im Rahmen gesellschaftlich und politisch organisierter Umverteilungsprozesse diese Optionen so organisiert, dass die Teilhabe an der ökonomischen Entwicklung bei den inzwischen inaktiven Gruppen besser ausgestaltet ist als bei den jungen Eltern, die in das Humanvermögen der Gesellschaft investieren und gleichzeitig durch ihre Berufstätigkeit selbst zum Bruttosozialprodukt beitragen.

Unter Fairness-Gesichtspunkten müsste das Pro-Kopf-Einkommen einer jungen Familie etwa dem Pro-Kopf-Einkommen eines Rentnerhaushalts entsprechen, denn familiäre Unterstützung ist aus dem gleichen Grund gerechtfertigt wie die Unterstützung im Ruhestand: „... repräsentiert sie ein Einkommen, das eine Gesellschaft der nachwachsenden Generation im Vorgriff zahlt, weil sie es später zurückzahlt.“ Dieser Satz als zentrale Begründung des französischen Systems der Familienunterstützung stammt aus dem Jahr 1954 (Sauvy, 1954). In einer Gesellschaft, in der das Leben mit Kindern nur noch eine Option neben anderen ist, zerreißt der von Sauvy benannte Zusammenhang, weil hier der von John Stuart Mill (1984) beschriebene Effekt des

„Free Riders“ oder „Trittbrettfahrers“ zentrale Bedeutung bekommt: Die positiven externen Effekte von Kindern als Zukunftssicherung der Gesellschaft stehen allen zur Verfügung, aber die Investition in Kinder wird nur von einer immer kleineren Gruppe aufgebracht. Der amerikanische Ökonom Olson (Olson, 2004) hält es in solchen Situationen unter einer Kosten-Nutzen-Perspektive für ökonomisch sinnvoller, sich an den Investitionen nicht zu beteiligen, weil sich die Früchte der Investitionen ja auch kostenfrei genießen lassen. Als vorhersehbarer Effekt verzichten immer mehr Personen auf diese Investitionen in der Erwartung, an den Investitionen anderer partizipieren zu können. Historisch ist eine demografische Situation, wie wir sie heute erleben, ohne Vorbild, so dass diese ökonomischen Begründungen empirisch nicht im Einzelnen geprüft werden können. Es lohnt sich allerdings zu fragen, ob sich die deutlich steigende Kinderlosigkeit insbesondere bei jungen Männern nicht auf diese Weise erklären lässt. Denn durch den Verzicht auf feste Bindungen und den Verzicht auf Kinder wird der Gewinn größer, und angesichts des Anstiegs nichtehelicher Lebensgemeinschaften muss man nicht auf andere positive Aspekte von Partnerschaft und Beziehungen verzichten. Nach der Argumentation von Nida-Rümelin (Nida-Rümelin, 2003) zur Erhaltung und Sicherung öffentlicher Güter, und er bezieht das ausdrücklich auch auf die positiven Effekte von Kindern für eine Gesellschaft, gehört es zu den zentralen Aufgaben des Staates, sicherzustellen, dass diese Güter nicht einfach verschwinden und „Free-Rider-Effekte“ möglichst klein gehalten werden.

Frankreich hat dieses Problem über das Steuerrecht zu lösen versucht, indem durch Familiensplitting und Kindergeld die ökonomische Leistungsfähigkeit von Familien gegenüber denjenigen, die nicht in einer Familie leben, angemessen berücksichtigt wird. Die englische Regierung hat einen „Children Tax Credit“ eingeführt, bei dem die Kos-

ten für Kinder von der Steuerschuld abgezogen werden; wenn diese Summe die tatsächlich gezahlten Steuern übersteigt, zahlt der Staat diesen Betrag an die Familien aus. Inzwischen wurde das System zusätzlich noch dadurch ergänzt, dass ein Teil dieses Betrages als Zuschuss gezahlt wird, wenn die Kinder Bildungseinrichtungen im Vorschulbereich besuchen.

9. Nachhaltige Familienpolitik

Gegenwärtig wird in der Öffentlichkeit, aber auch in der Wissenschaft eine Fülle von Rezepten vorgeschlagen, die alle für sich in Anspruch nehmen, die gegenwärtige demografische Entwicklung beeinflussen zu können. Deswegen sei noch einmal an das Argument des französischen Demografen Chesnais zur Entwicklung in Frankreich erinnert. Frankreich hat wie viele andere Länder familienpolitische Maßnahmen, wie das Familiensplitting, den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschule, zu einem Zeitpunkt eingeführt, als die Geburtenentwicklung in Frankreich positiv verlief. Das Gleiche gilt auch für die nordeuropäischen Länder, deren wesentlich auf eine Gleichheitspolitik der Geschlechter aufbauende Familienpolitik teilweise in die vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts zurückreicht.

Auch die amerikanischen Bildungssysteme mit ihrer größeren Flexibilität und den viel offeneren Berufsverläufen und die Politik der Diversity haben ihre Anfänge zu einem Zeitpunkt, als noch niemand die zweite demografische Transformation vorhersehen konnte. Diese Länder haben teilweise größere Abstürze in der demografischen Entwicklung erlebt, konnten aber die Entwicklung stabilisieren. So gehen international orientierte Demografen zunächst auch nur davon aus, dass viele der Einzelmaßnahmen, die wir heute in Deutschland diskutieren, im

internationalen Vergleich zu einer Stabilisierung der demografischen Entwicklung beigetragen haben (McDonald, 2000; McDonald/Evans, 2003).

Die Herausforderung für Deutschland ist viel größer. Hier geht es nicht nur um eine Stabilisierung, sondern um den Versuch, wieder einen Anschluss an Europa zu finden und zumindest auf ein ähnliches Niveau der Geburtenraten wie in Frankreich oder den nordeuropäischen Ländern zu kommen. Das wird aber mit Sicherheit nicht gelingen, wenn weiterhin die Lebensvorstellungen der heute 50-, 60- oder 70-Jährigen die Grundlage der Familienpolitik bestimmen, sondern nur dann, wenn die Gesellschaft bereit ist zu akzeptieren, dass die Lebensvorstellungen der 20- bis 30-Jährigen und der 30- bis 40-Jährigen Grundlage einer solchen Familienpolitik sein müssen. Familienpolitik wird nur dann nachhaltig und erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, die Rahmenbedingungen für die Lebensvorstellungen und Lebensperspektiven der jungen Erwachsenen so zu gestalten, dass diese Generation sicher sein kann, Kinder als Teil des eigenen Lebensentwurfs begreifen zu können. Daher muss eine nachhaltige Familienpolitik grundsätzlich immer eine lebensverlaufsorientierte Perspektive entwickeln. Denn Lebensvorstellungen sind im Lebensverlauf nicht stabil und dauerhaft, sondern variabel, wie auch der Kinderwunsch und die Vorstellung, gemeinsam mit Kindern zu leben, keine biologischen Konstanten sind, sondern Teil einer Kultur, in der Kinder eine positive Bedeutung oder möglicherweise gar keine Bedeutung haben.

Eine lebensverlaufsorientierte Perspektive bedeutet daher, der nachwachsenden Generation die Möglichkeit zu geben, ihre viel höhere Lebenserwartung nicht mehr im Modell der Dreiteilung des Lebens zu organisieren wie die heute 50-, 60- und 70-Jährigen, sondern vielfältige Lebensentwürfe in unterschiedlichen Sequenzen zuzulassen. Das Modell der EU-Kommission, das den Erwerbslebenszyklus

als Basis solcher neuen Lebensentwürfe vorschlägt, unterscheidet sich radikal von der Dreiteilung in Jugend als Ausbildungsphase, Erwachsenenalter als Berufs- und höheres Alter als Rentenphase, denn es geht davon aus, dass sich im Lebensverlauf Sequenzen unterschiedlicher Aktivitäten ablösen. In einem solchen Erwerbslebenszyklus kann Elternschaft eine Sequenz unter vielen anderen Sequenzen sein.

Eine politische Maßnahme, die einem solchen sequenziellen Modell entspricht, ist das einkommensabhängige Elterngeld. Entscheidet sich ein junges Paar mit rund 30 Jahren für ein Kind, dann bedeutet das heute gegenüber Paaren ohne Kinder einen erheblichen ökonomischen Einschnitt, den der schwedische Demograf Hoem als Achterbahn bezeichnet, weil sich dieser Einschnitt dann bei jedem Kind wiederholt. Ein einkommensabhängiges Elterngeld für ein Jahr mit 67 Prozent des Einkommens der-/desjenigen, die/der sich für die Kindererziehung entscheidet, mildert diesen Achterbahneffekt und setzt gleichzeitig einen Anreiz, nach dieser Kinderphase ins Erwerbsleben zurückzukehren. Das Modell des Elterngeldes kann aber nur ein Einstieg in die Finanzierung solcher Sequenzen sein. Nach den Modellen aus den Niederlanden würde es solche Sequenzen auch für Bildung und Weiterbildung und für die Fürsorge für die ältere Generation geben. Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland ermöglichen schon heute mit einer Fülle von Maßnahmen solche Sequenzen, etwa die Finanzierung der Pflege von Angehörigen oder die Finanzierungen im Bereich der Aus- und Fortbildung, die sich gegenwärtig wie das BAföG allerdings auf die Jugendphase konzentrieren. Ein Dilemma ist darin zu sehen, dass diese Maßnahmen historisch in unterschiedlichen Bereichen gewachsen sind und ohne Gesamtkonzeption für separate Zwecke genutzt werden. Als zentrale Zukunftsaufgabe ist zu überlegen, wie diese Maßnahmen vernetzt und flexibel gebündelt werden können, um solche Sequenzen zu ermöglichen. Solche se-

quenziellen Modelle haben den weiteren Vorzug, dass Menschen nicht 30 oder 45 Jahre dieselbe berufliche Tätigkeit ausüben, wie heute etwa Erzieher/innen oder Grundschullehrer/innen, sondern dass sie ein lebendiges Modell anbieten, das Leben in unterschiedliche Zyklen einzuteilen und damit immer wieder neue Chancen zu eröffnen.

Vermutlich senken solche Modelle die Lohnnebenkosten schneller und nachhaltiger als alle bisher versuchten sozialpolitischen Maßnahmen, indem sich die Frage der Berufsunfähigkeit oder des Burn-out-Syndroms seltener stellt, weil die Menschen wissen, dass ihnen die Gesellschaft nicht nur eine, sondern mehrere Chancen für berufliche und andere Tätigkeiten einräumt. Ein solches sequenzielles Modell des Erwerbslebenszyklus macht in Kombination mit einem einkommensabhängigen Elterngeld die Entscheidung für Kinder sogar dann möglich, wenn man beruflich schon etabliert ist, weil aus einer solchen Entscheidung in einem solchen offenen System dann kein beruflicher Nachteil mehr erwächst. Der 7. Familienbericht hat gezeigt, dass ebenso wie in Deutschland gerade in den nordeuropäischen Ländern wie Finnland das Erstgebärendenalter deutlich angestiegen ist, jedoch in Finnland die Frauen auch noch im höheren Lebensalter jenseits von 35 Jahren Kinder bekommen im Gegensatz zu früher. So lassen sich eine qualifizierte Ausbildung und berufliche Etablierung abschließen und Kinderwünsche auch noch im höheren Lebensalter realisieren, ohne Benachteiligung im Erwerbsleben. Die aktuelle deutsche Praxis für die jungen Erwachsenen, über Praktika und befristete Verträge auf eine Lebensposition hinzuarbeiten, ohne solche flexiblen Sequenzen, hat jedenfalls hinsichtlich der demografischen Entwicklung viel schlechtere Resultate als Finnland.

Eine Familienpolitik, die sich gleichzeitig nicht auch als Politik begreift, die Geschlechtergleichheit sowohl beruflich wie auch familiär zu ihrem zentralen Element macht,

ist zum Scheitern verurteilt, weil sie die zwei Sphären des männlichen Berufsbereichs und der weiblichen Fürsorge festschreibt und folglich Mütter mit Kindern im Berufssystem schon deswegen diskriminiert werden, weil sie diskontinuierlich erwerbstätig sind. Damit eine solche Diskontinuität in gleicher Weise für Männer wie für Frauen gelten kann und folglich nicht mehr diskriminierend wirkt, ist es so wichtig, dass ein Teil des einkommensabhängigen Elterngelds und die damit verbundene Elternzeit von den Vätern genommen wird. Das Modell der amerikanischen Diversity-Politik zeigt, dass Gleichheitspolitik nicht bedeutet, dass alle dasselbe tun, sondern dass die unterschiedlichen Lebensentwürfe und Lebensvorstellungen im Lebensverlauf und im Berufsverlauf nicht zu individuellen Diskriminierungen führen. In einer solchen Diversity-Konzeption lässt es sich akzeptieren, dass Frauen mehrheitlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als adaptives Modell präferieren, während die Männer stärker berufsorientiert sind. Denn in einer solchen Vorstellung von Diversity wird Familienpolitik eben nicht nur ein Modell unterstützen, sondern offen sein gegenüber unterschiedlichen Modellen. Eine solche Offenheit ist aber nur möglich, wenn jedes Paar individuell entscheiden kann, welches Modell es zu welcher Zeit realisieren will. Die deutsche Familienpolitik hat bisher im Wesentlichen das hausfrauenorientierte Modell gefördert, weil die fehlende Infrastruktur für die Kinderbetreuung in Deutschland ein adaptives Modell schwer realisierbar erscheinen ließ und weil zudem die finanziellen Leistungen des Staates durch das Ehegattensplitting anders als in Frankreich einen Partner auch dann steuerlich berücksichtigen, wenn keine Kinder zu versorgen sind. Ohne Zweifel wird damit das Hauptnährermodell besonders gefördert; eine Konzeption, die vor allem die Kinder im Steuerrecht berücksichtigt, ist viel neutraler gegenüber den Lebensentscheidungen der Ehepartner hinsichtlich ihres Familienmodells.

Allerdings wird auch eine stärkere Berücksichtigung der Kinder im Steuerrecht die extremen Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen von Familien mit Kindern und den Kinderlosen kaum geringer werden lassen. Denn solange Familien mit Kindern die gleichen Aufwendungen für die sozialen Sicherungssysteme erbringen müssen wie die Kinderlosen, wird diese ökonomische Schieflage nicht auszugleichen sein. Obwohl das Verfassungsgericht durch eine Reihe von Urteilen deutlich gemacht hat, dass hier Differenzierungen möglich sind, tut sich die Politik bisher sehr schwer, nach den Regeln von Gerechtigkeit und Fairness zu verfahren. In dem Maße aber, in dem die private Altersvorsorge immer wichtiger wird, wird sich diese Schere der Benachteiligung von Familien in unserem System weiter öffnen. Eine junge Familie wird bei ihrem geringen Pro-Kopf-Einkommen kaum in der Lage sein, in gleicher Weise für das eigene Alter vorzusorgen wie ein Paar ohne Kinder. Solange aber kinderlose Paare und kinderlose Personen im Alter über die Solidarität und den Konsumverzicht der Familien mit Kindern finanziert werden, solange wird sich die Frage nach der Sicherstellung einer gerechten Lösung stellen. Aus der Perspektive junger Erwachsener ist die Sicherung im Alter zunächst nicht vorrangig, jedoch erleichtern die faktisch großen Einkommensdifferenzen zwischen den Lebensformen die Entscheidung für Kinder mit Sicherheit nicht.

Bei einem Ausgleich im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme müsste auf jene französische Einsicht zurückgegriffen werden, dass die Finanzierung von Kindern und die Unterstützung dieser Finanzierung durch den Staat einen Vorgriff auf ihre späteren Leistungen für den Staat und für die sozialen Sicherungssysteme darstellt. Ein solches Gerechtigkeitsproblem lässt sich im Rahmen des Erwerbslebenszyklusmodells dann lösen, wenn die Sequenzen, die ein Mann oder eine Frau im Lebensverlauf in einem bestimmten Umfang für Kinderbetreuung oder für

die Fürsorge für Angehörige in Anspruch nimmt, sozialversicherungsrechtlich genauso berücksichtigt werden wie heute schon Weiterbildung, Krankheit oder andere Gründe, die die Arbeit für eine bestimmte Zeit unterbrechen. Familienpolitik wird nur dann nachhaltig sein und Erfolg haben, wenn sie dieses Gerechtigkeitsproblem nicht nur benennt, sondern auch mildert. Dazu gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die hier nicht im Einzelnen erörtert werden können. Das Problem, dass es gegenwärtig ökonomisch besser ist, nicht in Kinder zu investieren, weil andere das tun, muss aber gelöst werden, weil sonst die Kinder einfach immer weniger werden.

Eine ebenso große Herausforderung ist aber darin zu sehen, dass die gegenwärtige Organisation der Alltagszeiten sich wesentlich nach der Berufswelt richtet und die private Fürsorge für Kinder und Angehörige als nachrangig betrachtet wird mit der Konsequenz, dass auch diese Aufgaben und Tätigkeiten auf Dauer aus der Gesellschaft verschwinden. Auf der einen Seite sind in diesem Bereich die Kommunen, die Länder und der Bund gefordert, durch eine entsprechende Entwicklung der Infrastruktur, den Ausbau der Kinderbetreuung, die Einführung der Ganztagschule und gesetzliche Teilzeitregelungen sicherzustellen, dass Kinderbetreuung, Kindererziehung und die kindliche Entwicklung aus Sicht der Eltern auch im Einklang mit ihren beruflichen Verantwortlichkeiten möglich sind. Denn wenn auch ein Erwerbslebenszyklusmodell die Möglichkeit von Sequenzen im Lebensverlauf sichert, so gibt es neben einem sequenziellen Konzept der Vereinbarkeit von Fürsorge für andere und Entscheidung für Kinder und Berufstätigkeit auch lange Lebensphasen, in denen diese Prozesse parallel laufen. Die Parallelität der Fürsorge für Kinder und Berufstätigkeit ist aber nur dann möglich, wenn die Bildungs- und Ausbildungssysteme wie die Berufssysteme akzeptieren, dass Eltern auch die Sicherheit haben

müssen, dass sie bei beruflichen Verpflichtungen eine entsprechende Infrastruktur zur Förderung der kindlichen Entwicklung zur Verfügung haben. Dazu gehört auch die Sicherheit, im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeiten die Möglichkeit zu haben, Kinderbetreuung und berufliche Aktivitäten so zu kombinieren, dass die Arbeitszeiten an diese Funktionen angepasst werden können.

Wie wenig solche Vorstellungen bisher in unserer Gesellschaft diffundiert sind, lässt sich am aktuellen Tarifkonflikt zwischen den Ländern und der Gewerkschaft ver.di sehen. Beide Parteien streiten sich um die Einführung der 40-Stunden-Woche, weil die Länder hier erhebliche Einsparungsmöglichkeiten sehen. Nach internationalen Vergleichsstudien ist Deutschland nach den USA das Land mit der höchsten wöchentlichen Arbeitszeitbelastung für Paare. Das mag zunächst verwundern, ist aber nachvollziehbar, weil Deutschland gleichzeitig im Vergleich zu den anderen Ländern die meisten Feiertage und Urlaubstage hat. Die hier diskutierten Modelle, in denen Beruf und Familie parallel gelebt werden, ließen sich vermutlich leichter realisieren, wenn Tarifverträge nicht über festgelegte Wochenstunden abgeschlossen würden, sondern über Jahresarbeitszeiten, wie das in einigen Firmen in der Privatindustrie längst üblich ist, weil dann aus der Sicht der Eltern eine kürzere tägliche Arbeitszeit attraktiver wäre zu Gunsten einer Verkürzung von Urlaubstagen oder auch von Feiertagen. 18 Minuten mehr pro Tag sind für einen berufstätigen Mann, der allein lebt oder dessen Frau die Kinderbetreuung allein übernimmt, leicht zu verkraften. 18 Minuten mehr pro Tag bei einem Paar, dessen beide Partner erwerbstätig sind und Kinder zu betreuen haben, können selbst bei Ganztagsbetreuung schon einen Engpass bedeuten. Parallele Modelle von Familienarbeit und Erwerbsarbeit setzen flexible Modelle der Arbeitszeit voraus, die auch die Bedürfnisse der privaten Betreuung reflektieren.

Eine nachhaltige Familienpolitik kann hoffen, erfolgreich zu sein,

- die die Lebensorientierung junger Erwachsener zum Ausgangspunkt nimmt und versucht, ein Erwerbslebenszyklusmodell mit dem Bildungs- und Ausbildungsbereich zu verknüpfen, das unterschiedliche Sequenzen hinsichtlich Familie und Beruf ermöglicht,
- die dazu beiträgt, dass im Rahmen eines Diversity-Ansatzes Geschlechtergleichheit und unterschiedliche Lebensentwürfe von Frauen und Männern nicht zu einer beruflichen Diskriminierung führen,
- die die sich verschärfende Diskrepanz zwischen den ökonomischen Ressourcen kinderloser Paare und von Familien mit Kindern möglicherweise durch eine neue Konstruktion des Familiensplittings und eine andere Konstruktion der Alterssicherungssysteme zumindest mildert
- und die gleichzeitig sicherstellt, dass durch eine gute Infrastruktur die Parallelität von Familienarbeit und Berufarbeit möglich ist, und Arbeitszeitmodelle unterstützt, die eine solche Parallelität auch ermöglichen.

Eine Familienpolitik, die sich nur auf die Infrastruktur konzentriert und alle anderen Strukturbedingungen gleich belässt, wird schon deswegen scheitern, weil sie nicht begriffen hat, dass das klassische Familienmodell der Industriegesellschaft in der postindustriellen Wissensgesellschaft weder eine ökonomische Basis hat noch kulturell durch eine Vorstellung von zwei Sphären, nämlich der männlichen Berufssphäre und der weiblichen Fürsorgsphäre, gestützt wird. Andere Länder haben diese ökonomische und kulturelle Transformation von der Industrie- zur postindustriellen Wissensgesellschaft früher begriffen und daher auch viel früher reagiert. Auf der einen Seite ist das für Deutschland ein Nachteil, weil die demo-

grafischen und familiären Konsequenzen hierzulande gravierend sind, doch kann es auf der anderen Seite ein Vorteil sein, weil Deutschland so die Chance hat, aus den Erfahrungen und Entwicklungen anderer Ländern zu lernen. Das kann nicht heißen, die französische Familienpolitik und die schwedische Geschlechtergleichheitspolitik einfach zu kopieren; vielmehr ist die Aufgabe, zu prüfen, welche Möglichkeiten andere Länder genutzt haben, um mit den Herausforderungen der neuen Gesellschaftsstruktur umzugehen, und dann einige Instrumente, die in unser System passen, zu integrieren. Historisch haben Europa und seine Länder immer voneinander gelernt, allerdings müssen dazu auch die Ansätze, die in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt wurden, fortgesetzt werden.

Literatur

Bachu, A. (1997): Fertility of American Women: 1995. Current Population Reports, 20–499.

Becker, S. J. (2005): Best-practice-Modelle familiengerechter Arbeitszeiten. Paper presented at the Conference Familie und Arbeitszeit, Gießen.

Berger, R. (2005): Projekt: Unternehmen Familie. Abschlussbericht.

Bertram, H. (ed.) (1992): Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation. DJI: Familien-Survey 2. Opladen: Leske & Budrich.

Bertram, H. (ed.) (1995): Das Individuum und seine Familie. DJI Familien-Survey 4. Opladen: Leske & Budrich.

Bertram, H. (1997): Familien leben. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bertram, H., W. Rösler u. N. Ehlert (2005): Nachhaltige Familienpolitik im europäischen Vergleich. Gutachten für das BMFSFJ, Berlin.

Biedenkopf, K. (2005): Starke Familie. Bericht der Kommission Familie und Demographischer Wandel im Auftrag der Robert Bosch Stiftung.

- Birg, H. (2001):* Die demografische Zeitenwende. München: C.H. Beck.
- Bundesregierung (1968):* Erster Familienbericht. Bericht der Bundesregierung über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Bundesregierung (1994):* Fünfter Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humankapitals. Bonn.
- Bundesregierung (2006):* Siebter Familienbericht. Zwischen Flexibilisierung und Verlässlichkeit. Berlin.
- Castles, F. (2002):* Three facts about fertility: cross-national lessons for the current debate. *Family Matters*, 63, 22–27.
- Chesnais, J.-C. (2005):* Why French fertility is preserved from a collapse? Paper presented at the Annual Meeting, Potsdam.
- Coontz, S. (2006):* Marriage, a history from obedience to intimacy.
- Dobritz, J. (2005):* Vergleich der Bevölkerungs- und Familienentwicklung Frankreichs, Großbritanniens, der Benelux-Länder und der Schweiz mit Deutschlands. Expertise zum 7. Familienbericht.
- Eggen, B. (2005):* Ökonomische Situation der Familien in Deutschland. Stuttgart.
- Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft ...“ (2002):* Schlussbericht. Drucksache 14/8800.
- Eurostat (2004):* Europäische Sozialstatistik Bevölkerung 2002.
- Fagnani, A. (2005):* Familienpolitik in Frankreich: Vorteile und Nachteile. Expertise für den 7. Familienbericht.
- Fahey, T., u. Z. Speder (2004):* Fertility and family issues in an enlarged Europe. Summary. *Quality of life in Europe*, 8.
- Familienwissenschaftliche Forschungsstelle Baden-Württemberg (2004):* Familien- und Erwerbsarbeit, Kapitel 3. Stuttgart: Statistisches Landesamt.
- Foroohar, R. (2006):* Myth and Reality. In: *Newsweek*, 27.02.2006, 38–42.
- Friedeburg, L. v. (ed.) (1968):* Jugend in der modernen Gesellschaft. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- Hakim, C. (2000):* Work-Lifestyle Choices in the 21st Century: Preference Theory. Oxford University Press.

Hakim, C. (2003): Models of the Family in Modern Societies: Ideals and Realities. Ashgate.

Hernandez, D. J., u. D. E. Myers (1993): America's children: resources from family, government, and the economy. The Population of the United States in the 1980s. New York: Russell Sage Foundation.

Hinz, T., u. H. Gartner (2005): Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Branchen, Berufen und Betrieben. IAB Discussion Paper, No 4/2005.

Hochschild, A. R. (1998): Ideals of Care: Traditional, Postmodern, Cold-Modern, Warm-Modern. In: Hansen, K. V., A. I. Garey (eds.), Families in the U.S. Kinship and Domestic Politics. Philadelphia: Temple University Press, 527–537.

Hölder, E. (1992): Im Trabi durch die Zeit. Stat. Bundesamt, Wsb.

Hoem, J. M. (1990): Social policy and recent fertility change in Sweden.

Hullen, (2005): Lebensformen der Kinder. Makrosimulationen bis zum Jahr 2030. Expertise zum 7. Familienbericht.

Iacovou, M. (2001a): Leaving Home in the European Union. ISER Working Papers, 2001/18, 47.

Iacovou, M., u. R. Berthoud (2001b): Young People's Lives: a map of Europe. Colchester: University of Essex, Institute for Social and Economic Research, 73.

Imhof, A. E. (1981): Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben. München.

Institut für Demoskopie (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18– bis ...

Kaufmann, F. X. (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München: Beck.

Klein, T. (1989a): Bildungsexpansion und Geburtenrückgang. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 3.

Klein, T. (1989b): Divergierende Familiengrößen und „Neue Kinderlosigkeit“. Zeitschrift für Familienforschung, Heft 3.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2005): Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen.“

Krappmann, L. (ed.) (1997): Alt und Jung – Spannung und Solidarität zwischen den Generationen. Frankfurt/M.

Krüger, H. (1990): Normalitätsunterstellungen bezüglich des Wandels in der weiblichen Lebensführung zwischen Erwerbsarbeit und Familie.

Krüger, H. (1996): Normative Interpretations of Biographical Processes. In: Weymann, A., u. W. R. Heinz (eds.), *Society and Biography*.

Krüger, H., u. B. Baldus (1999): Work, Gender and the Life Course: Social Construction and Individual Experience. *The Canadian Journal of Sociology*, 3 (24), 355–379.

Lesthaeghe, R., u. P. Willems (1999): Is Low Fertility a Temporary Phenomenon in the European Union? *Population and Development Review*, 25 (2), 211–228.

Lesthaeghe, R., u. G. Moors (2000): Recent Trends in Fertility and Household Formation in the Industrialized World. *Review of Population and Social Policy*, No. 9, 121–170.

Lesthaeghe, R., u. K. Neels (2001): From the First to the Second Demographic Transition: An Interpretation of the Spatial Continuity of Demographic Innovation in France, Belgium and Switzerland.

Livi-Bacci, M. (1979): Die demografische Veränderung und der Lebenszyklus der Frauen. In: *Sullerot, E., u. O. Thibault (eds.): Die Wirklichkeit der Frau (577–593)*. Paris, München: Steinhausen.

Livi-Bacci, M. (1999): Europa und seine Menschen. München: C.H. Beck.

Lüscher, K., u. K. Pillemer (1996): Die Ambivalenz familialer Generationenbeziehungen. Konstanz: Universitätsverlag.

McDonald, P. (2000): The „Toolbox“ of Public Policies to Impact on Fertility – a Global View. Paper presented at the seminar „Low fertility, families and public policies“, 26.

McDonald, P., u. a. Evans (2003): Negotiating the Life Course: Changes in individual and family transitions. Melbourne.

Mill, J. S. (1984): Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie. Frankfurt/M.: Campus.

Mitterauer, M. (2003): Warum Europa? München: Beck.

Mückenberger, U. (2004): Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitiken, lokale Effekte, soziale Regulierung.

Münz, R. (2000). Ulrich, R. (2000): Studententext Bevölkerung (Skriptum). Berlin: Humboldt-Universität, Bevölkerungswissenschaft.

Münz, R., u. R. Ulrich (1994): Was wird aus den Neuen Bundesländern? Demografische Prognosen für ausgewählte Regionen und für Ostdeutschland. Demographie aktuell, 1994/3.

Neyer, G., u. G. Andersson (2004): Contemporary Research on European Fertility: Introduction. Demographic Research, Special Collection 3/6, 16.

Nida-Rümelin, J. (2003): Der ineffiziente Markt. Kollektive Güter müssen vor Staatsabbau geschützt werden. Frankfurter Rundschau, 16.10.2003, Feuilleton.

Olson, D. H. (2004): Logik kollektiven Handelns. Tübingen: Mohr/Siebeck. 4. Aufl.

Pfau-Effinger, B. (1995): Teilzeitarbeit und Modernisierung des Geschlechterkontrakts im europäischen Vergleich.

Pfau-Effinger, B. (1996): Theoretische Konzeptualisierung von Differenzen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in West-Europa. In: Geissler, B., F. Maier u. B. Pfau-Effinger (eds.), Der Beitrag der Frauenforschung zur sozioökonomischen Theorieentwicklung. Berlin.

Pfeil, E. (1961): Die Berufstätigkeit von Müttern. Eine empirisch-soziologische Erhebung an 900 Müttern aus vollständigen Familien. Tübingen: Mohr.

Sauvy, A. (1954): Théorie générale de la population: Tome II: Biologie sociale, Paris: Presses Universitaires de France.

Skolnick, A. (2003): A Time of Transition Work, Family and Community in the Information Age.

Skolnick, A. S., u. J. H. Skolnick (2001): Family in transition. Boston: Allyn and Bacon.

Waldfogel, J. (2003): International Policies Toward Parental Leave and Child Care. Caring for Infants and Toddlers. www.futureofchildren.org

Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Familie (2002): Gutachten über Gerechtigkeit.